

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 11. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollschekkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Dem Parteitag!

Zu seiner Eröffnung heute abend im Preussischen Landtag.

Der Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird heute abend an der Stätte des einstigen Dreiklassenparlaments, im Haus des Preussischen Landtags, eröffnet. Seine Tagung ist nicht nur für die Parteigenossen eine Sache des höchsten Interesses, ja geradezu eine Herzensangelegenheit, auch für die übrige politisch interessierte Welt ist der Vertretertag der größten politischen Organisation Deutschlands ein Ereignis von hoher Bedeutung.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie, zum mindesten ihre Schwächung bis zu einem Grade, bei dem sie aufgehört, ein politischer Faktor zu sein, war das Ziel, das sich die Rechte und die äußerste Linke im letzten Wahlkampf gesetzt hatten. Wie wenig es erreicht worden ist, haben die Ereignisse der jüngsten Zeit gezeigt. Nach einer künstlich herbeigeführten und endlos hingeschleppten Regierungskrise, die keiner der an ihr beteiligten Parteien zum Ruhme gereichte, hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Arbeit im Reichstag mit einem glänzenden Auftakt begonnen. Auch kein Gegner, sofern er eines einigermaßen objektiven Urteils fähig ist, wird bestreiten können, daß die Partei mit raschem Entschluß die Führung an sich genommen und die Ehren des parlamentarischen Kampfes für sich eingeehmt hat.

Indem die Partei, ohne sonst nach der Beschaffenheit und dem Programm der Regierung zu fragen, für die Übernahme des Sachverständigenrats den Ausschlag gab, tat sie freilich nicht mehr, als was notwendig war. Es so getan zu haben, daß ihr Schritt bis weit über die eigenen Parteigrenzen hinaus überzeugend wirkte, bleibt ihr Verdienst.

Der stürmische Gang der Ereignisse hat uns keine Zeit gelassen, unsere Wunden zu befehen, er hat uns gezwungen, sofort weiterzukämpfen, und das war gut so. Es war gut, daß uns sofort die Entscheidung über eine große Frage der praktischen Politik und damit aufs neue die Erkenntnis aufgedrängt wurde, daß wir unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen uns nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stöckkraft unseres politischen Willens miteinscheidend ins Gewicht fällt.

Während wir früher die Verantwortung für das Schicksal des arbeitenden Volkes auf die „herrschenden Klassen“ abwälzen konnten, haben wir sie heute so oder so mitzutragen. Diese Funktionsänderung unserer Partei war es nicht zuletzt, die die große Krise in der politischen Arbeiterbewegung hervorrief. Denn die Massen, die bis dahin auf unsere „Gegenwartsarbeit“ nur sehr bescheidene Erwartungen gesetzt hatten, knüpfen nun an sie die überschwänglichsten Hoffnungen. Die Zeit, in der die Sozialdemokratie nichts vermochte, schien ihnen vorbei, und die Zeit, in der sie alles konnte, gekommen.

Zugleich mit dem Wachaufstieg der Partei hatte die Nachkriegszeit für die Arbeiter eine Vermehrung ihrer wirtschaftlichen Not gebracht. Eines war so natürlich wie das andere. Aber was dem Forscher in seiner Studierstube als doppelte Wirkung aus einer Ursache, eben aus dem verlorenen Krieg, erschien, mußte es nicht minder aufklärten Massen als ein krasser Widerspruch erscheinen? Diese Massen schrien aus tiefster Not, und sahen ihre Vertreter in einer Weise handeln, die nicht unmittelbar zu ihrem primitiven Verständnis sprach und die ihnen auch keine fühlbare Besserung brachte.

Diesen Massen begreiflich zu machen, daß unsere ganze Arbeit nur ihnen gilt, daß sie aber auch hart und langwierig ist, das ist gewiß eine schwere Aufgabe. Um so schwerere, als sie geleistet werden muß mitten im Geheul einer hemmungslosen Demagogie, die den Begriff der Verantwortung überhaupt noch nicht kennen gelernt hat. So wenig wir Verständnis haben und haben können für die Wesensart kommunistischer und nationalsozialistischer Demagogen, so sehr sind wir verpflichtet, Verständnis zu haben für die Psyche jener unserer arbeitenden Volksgenossen, die vorübergehend das Opfer verwirrter Phrasen geworden sind.

Daneben dürfen wir auch nicht andere Veränderungen übersehen, die im Volksleben vor sich gegangen sind. Die Zeit, in der ein aus der naturwissenschaftlichen Erkenntnis überkommener sozialer Entwicklungsgedanke schon für sich allein faszinierend wirkte, ist vorüber. Der Krieg hat mit unerhörter Wucht die großen Probleme der Ethik, die Fragen nach dem Sinn des menschlichen Seins überhaupt neu aufgeworfen. Seelisches Unbefriedigtsein quält breite Massen kaum weniger als Leibliche Not und treibt sie, mit dieser ver-

eint, oft auf die sonderbarsten Abwege, selbst in die dunkelsten Abgründe der Mystik. Auch hier liegt eine der Wurzeln, aus denen die politische Verwirrung unserer Zeit entspringt.

Haben wir also den Massen auf der einen Seite mit den Mitteln der Vernunft zu zeigen, daß sie auf keinen anderen Wegen als den unseren, und auch auf diesen nur allmählich zur Besserung ihrer trostlosen Lage gelangen können, so müssen wir sie auf der anderen Seite auch mit dem Bewußtsein durchdringen, daß sie an sich selber und an ihren Brüdern und Schwestern in der Not eine große sittliche Mission zu erfüllen haben.

Sozialismus ist nicht nur Entwicklungsglaube, nicht nur auf die Wirtschaft angewandter Rationalismus, er ist auch sittliche Forderung an die Gesellschaft und an jeden einzelnen seiner Vertreter.

Es kann nicht unsere Sache sein, in die Niederungen der Demagogie herabzusteigen im Kampf gegen unsere Gegner, noch weniger bei der Austragung unserer eigenen inneren Meinungsverschiedenheiten! Je klarer wir uns nicht nur in unseren Anschauungen, sondern auch in unseren Methoden von jenen unterscheiden, desto besser wird es für uns sein! Möge ihr erster Parteitag die wiedervereinigte Sozialdemokratie auf der Höhe ihrer Aufgabe finden!

Dieser erste Parteitag der wiedervereinigten Partei knüpfe an die glorreichen Ueberlieferungen der alten, einigen Sozialdemokratie! Drang nach Erkenntnis, glühender Wissensdurst gab der deutschen Arbeiterbewegung den Impuls, und die Flamme eines echten, hingebungsvollen Idealismus leuchtete ihr voran.

Zurück zu den alten Quellen! Vorwärts zu neuer Kraft!

Millerand tritt heute zurück.

Voller Sieg der Linken.

V. Sch. Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Mit dem heutigen Tage hat die französische Demokratie ihren Sieg vom 11. Mai vollendet, indem sie nach einem beispiellos zähe geführten Kampf nunmehr auch den höchsten und letzten Repräsentanten des Rationalen Blocks, Millerand, beseitigt hat. Der Präsident der Republik hat in beiden Kammern die Schlacht verloren, so daß ihm tatsächlich nichts anderes übrigblieb, als zu demissionieren. Heute abend ist sein Rücktritt offiziell gemeldet worden, und die notwendige Formalität der Mitteilung der Demission im Parlament wird morgen nachmittag erfolgen.

Die von Marsal verlesene Botschaft Millerands war die herausfordernde Kundgebung eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat. Demgegenüber haben die Parteien des Linksblocks die Taktik beschlossen, jede Diskussion abzulehnen und über eine von ihnen eingebrachte Resolution abzustimmen, die Regierung Marsal als verfassungswidrig, weil im Widerspruch mit dem Wahlausgang vom 11. Mai stehend, bezeichnete.

Darüber hinaus aber hatte die Linke vereinbart, nicht einmal Zwischenrufe zu machen und auf keine Provokation zu reagieren. Mit mustergültiger Disziplin wurde diese Parole in der mehrstündigen Sitzung befolgt, obwohl der von Millerand vorgelesene Interpellationsreißer sich eine Provokation nach der anderen leistete. Das Bild änderte sich jedoch, als die Nachricht von der Niederlage Millerands vor dem Senat in der Kammer bekannt wurde. Der angekündigte Versuch des früheren Ministers Chiron, eine Debatte zu entzünden, war allerdings mit nur 10 Stimmen Mehrheit — 154 gegen 144 — abgelehnt und statt dessen die Vertagung auf morgen beschlossen worden. Damit war auch die allerletzte Hoffnung Millerands dahin: die Senatsmehrheit wollte sich nicht Millerand zuliebe auf einen Konflikt mit der Kammer einlassen. Mit stürmischem Applaus wurde das Abstimmungsergebnis von der Kammer mitten während der Rede Reibels begrüßt. Dieser wurde nervös und immer mehr herausfordernd. Die Linke verlangte aber stürmisch Schluß. Auch als Marsal noch einmal das Wort ergriff und sich dabei unglaubliche Entgleisungen leistete, z. B. als er meinte, die Linke handle auf Veranlassung einer fremden Regierung, gab es Krach. Ein Verschleppungsmondoer Marsals, der einen der ältesten Parlamentarier, namens Thomson, als Kronzeugen für Millerands Standpunkt zitierte, endete kläglich: Thomson, ein Freund Gambettas, berief sich auf dessen Beispiel, um unter tosendem Beifall der Linken sich gleichfalls gegen Millerand auszusprechen.

Natürlich standen die Kommunisten außer der Reihe und schickten einen Redner vor, der den Präsidenten der Republik persönlich angriff, obwohl dies nach der Verfassung unzulässig ist. Die Minderheit versuchte natürlich, diesen Zwischenfall auszunutzen, und Marsal warf dem Linksblok vor, er befinde sich im Schlepptau der Kommunisten.

Aber auch dieses Wandaer schlug fehl. Abends wurde von der Rechten eine namentliche Abstimmung durch einzelne Stimmenabgaben beantragt in der Hoffnung, daß zahlreiche Vertreter der Linken fehlen würden. Aber auch dieser Trick war vergebens; die Sitzung dauerte dadurch nur eine Stunde länger. Das Endergebnis war 339 gegen 214 Stimmen. Mit 115 Stimmen Mehrheit war Millerands Schicksal besiegelt, und begeistertem Beifall auf der gesamten Linken begrüßte diesen

Erfolg. Die Sieger beantragten den öffentlichen Ausschlag ihrer Resolution sowie des namentlichen Abstimmungsergebnisses. Da die Rechte nicht zu widersprechen wagte, wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. So wird Millerands verfassungswidriger Versuch, die Willens- und Stimmgebung des französischen Volkes zu mißachten und seine Stellung als Staatsoberhaupt zu mißbrauchen, in ganz Frankreich buchstäblich an den Pranger gestellt werden.

Mit dem heutigen Tage ist das gefährlichste Hindernis für eine Versöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich verschwunden, wenigstens auf französischer Seite. Möge man nun endlich in Deutschland begreifen, daß wir an dem Wendepunkt der Geschichte Europas angelangt sind und daß es gilt, um jeden Preis zu verhindern, daß auf deutscher Seite nationale oder kommunistische Treibereien neue Hindernisse aufstürmen.

Millerands Botschaft.

Paris, 10. Juni. (WTB.) Die heute nachmittag um 3 Uhr in der Kammer vom Ministerpräsidenten Francois Marsal und im Senat vom Justizminister Ratier verlesene Botschaft des Präsidenten der Republik lautet:

Als die Nationalversammlung mir die Ehre erwies, mich mit 695 Stimmen zu dem höchsten Amte zu berufen, wußte ich aus meinen öffentlichen Erklärungen, daß ich nur bereit war, ins Elisee zu gehen, um dort eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einigkeit zu vertreten. Die feierliche Verpflichtung, die ich vor dem Lande übernommen habe, habe ich getreulich gehalten. Frankreich düstet nach Frieden und Freiheit. Es will nach außen in eine Politik ausüben, die im Einverständnis mit seinen Alliierten Sicherheit, Reparationen, Durchführung des Versailler Vertrages und Reorganisation sämtlicher diplomatischer Akte gewährleistet, die die neue europäische Ordnung begründet haben. Diese Außenpolitik macht eine Innenpolitik notwendig, die sich von den Lehren des Krieges leiten läßt, die sich auf das Einvernehmen unter den Franzosen, auf die Achtung vor der Meinung und dem Glauben der anderen und auf das Bestreben gründet, in die sozialen Beziehungen immer mehr Gerechtigkeit und Gutes hineinzutragen, sowie auf den Willen der Aufrechterhaltung eines strengen Gleichgewichts zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, um den Kredit Frankreichs zu wahren. Diese Idee hat mich in meinen Handlungen stets geleitet und wird mich darin weiter leiten. Durch die Bestimmung, daß der Präsident der Republik nur im Falle des Hochoverrats verantwortlich ist, hat die Verfassung im nationalen Interesse der Stabilität und Stetigkeit dafür Sorge getragen, daß die Vollmacht des Präsidenten sieben Jahre hindurch vor den Schwankungen der Politik geschützt bleibt. Wenn künftig die Willkür einer Mehrheit den Präsidenten der Republik zwingen könnte, sich aus politischen Beweggründen zurückzuziehen, so wäre der Präsident der Republik nur noch ein Spielball in den Händen der Parteien. Sie werden mir behilflich sein, eine so furchtbare Gefahr abzuwenden. Ich habe es abgelehnt, von meinem Posten zu desertieren. Es ist nicht möglich, daß das Parlament sich über die Gesetze hinwegsetzt, die beachtet werden müssen.

Gefährliche Ratgeber bemühen sich im Parteiinteresse durchzusetzen, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginnt. Die Kammer wird ihnen die Gefolgschaft verweigern. Getreu dieser Ueberlieferung wird der Senat, wie er es in

Anzeigenpreise:
Die einseitige Doppelseite 0,70 Goldmark, Reklameseite 1.— Goldmark. „Reine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,50 Goldmark (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengeld des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Vorkauf gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

den ernstesten Situationen war, der Verteidiger der Verfassung bleiben. Eine konstitutionelle Frage von solcher Wichtigkeit für die Zukunft der Republik, wie es die gegenwärtige Krise aufgeworfene ist, kann nicht im Halbdunkel durch Entscheidungen einzelner Personen oder Beschlüsse geregelt werden. Ich appelliere vertrauensvoll an die Vernunft beider Häuser des Parlaments, an ihre Pflicht, an ihre Liebe zu Frankreich und zur Republik. Aus Pflichtbewusstsein habe ich gern die Verantwortlichkeit übernommen. Für das Parlament ist nun die Stunde da, die seinige zu übernehmen.

Marfal vor der Kammer.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag stellte sich die Regierung Marfal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleitend, daß das Kabinett konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt werde. Das neue Ministerium habe unter diesen Umständen auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Seine Mission habe ein bestimmtes und engbegrenztes Ziel. Entweder das Parlament spreche sich dahin aus, daß die konstitutionellen Regeln unantastbar und dem Streit der Parteien entrückt sein müssen. In diesem Falle bedeute das Wortum der Führer der neuen Mehrheit, daß sie die Pflicht hätten, die Verantwortung für die künftigen Geschicke Frankreichs, die ihnen bereits angeboten worden sei, aus den Händen des Präsidenten der Republik entgegenzunehmen. Im andern Falle, d. h., wenn das Parlament die in der Botschaft des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Ministerium dem Präsidenten von dem Scheitern seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde daraus die Konsequenzen ziehen.

Nachdem Marfal die Botschaft des Einsee verlesen hatte, wurde von dem Kartell der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingebracht:

„Die Kammer, entschlossen, in keinerlei Beziehungen zu einem Ministerium zu treten, dessen Zusammensetzung eine Negation der Rechte des Parlaments ist, lehnt die verfassungswidrige Debatte, die man ihr aufzwingen will, ab und beschließt, jede Diskussion zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Uebereinstimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituiertes Ministerium präsentieren wird.“

Paris, 10. Juni. (W.T.B.) Kammer. Die Tagesordnung Herriot wird mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Taktik der Linken hat das parlamentarische Mandat, mit dessen Hilfe Millerand seine Position retten zu können geglaubt hatte, durchkreuzt. Vom Einsee aus war bereits seit Tagen alles versucht worden, den Fall Millerand, der von Anfang an ausschließlich eine Personalfrage war, zu einer Verfassungsfrage aufzubaufen. Ganz in diesem Sinne ist auch die Botschaft des Präsidenten an die beiden Kammern gehalten. Man hatte dadurch gehofft, einige schwankende Elemente auf dem rechten Flügel der Mehrheit sowohl in der Kammer als im Senat zum Abfall zu bringen, und dieses Mandat sollte unterstützt werden durch zwei Interpellationen, die im Senat Herr Chiron, in der Kammer, Herr Reibel, beide Mitglieder des ersten Kabinetts Poincaré, eingebracht hatten. In der Kammer hatte die Linke durch Eingabe des an anderer Stelle bereits mitgeteilten Antrags die Diskussion über diese Interpellationen verhindert, da nach der Geschäftsordnung zunächst über diesen Antrag abgestimmt werden muß. Herr Reibel hat sich zwar die ihm offengelassene Möglichkeit, zu dem Antrag der Linken zu sprechen, zunutze gemacht, aber die ganze Debatte hat damit einen völlig anderen Charakter erhalten. Nach ihm nahm nochmals der neue Ministerpräsident Marfal das Wort. Ihm folgten noch die Kommunisten durch den Abg. Jean.

In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Verlagsantrag der Linken mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Ministerkrise eröffnet. François Marfal wird sofort nach Schluß der Sitzung der Kammer Herrn Millerand seine

Demission überreichen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser mit der Begründung, daß das Votum der Kammer in erster Linie gegen ihn selbst gerichtet sei, diese Demission ablehnen und selbst zurücktreten. Diesem Ministerium François Marfal wird damit die Aufgabe zufallen, den Kongress in Versailles, der in den nächsten Tagen, aller Voraussicht nach am Freitag, den Nachfolger Millerands zu wählen haben wird, vorzubereiten. François Marfal dürfte dann dem neugewählten Präsidenten die Demission seines Kabinetts überreichen.

Der Senat hat nach der Verlesung der Botschaft des Einsee und der Regierungserklärung mit 154 gegen 144 Stimmen die Vertagung der von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Chéron eingebrachten Interpellation beschlossen. Dieser Beschluß bedeutet, daß der Senat das Votum der Kammer abwarten und es auf keinen Fall zu einem Gegensatz zwischen sich und der Kammer kommen lassen will.

Der weitere Verlauf der Sitzung.

Paris, 10. Juni. (W.T.B.) Nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten in der Kammer erklärte Kammerpräsident Painlevé:

„Ich nehme Kenntnis von dem Inhalt der Botschaft des Präsidenten der Republik, deren Wortlaut im Protokoll aufgeführt ist und deren Text in den Archiven verwahrt werden wird.“

Hierauf verliest Ministerpräsident Marfal die Regierungserklärung, die von der Rechten und von den Mittelparteien mit Beifall, von den Linksparteien mit eisigem Schweigen aufgenommen wurde. Nach Verlesung der vorliegenden Interpellationen fragte der Kammerpräsident den Ministerpräsidenten, wann deren Diskussion stattfinden soll. Der Ministerpräsident erklärte, er nehme die sofortige Diskussion an. Hierauf verlas Kammerpräsident Painlevé die Resolution des Kartells der Linken.

Der Abg. Reibel bestieg die Tribüne und führt aus: Die Frage, die gestellt ist, ist die folgende: Ist der Präsident auf sieben Jahre gewählt? Wir haben die Absicht, von der Kammer die Annahme einer Tagesordnung zu verlangen, in der erklärt wird, daß sie bereit sei, die Bestimmungen des Grundgesetzes zu achten. Herriot und seine Freunde haben die Uebnahme der Regierung einzig und allein abgelehnt, um eine politische Krise und die Demission des Präsidenten der Republik herbeizuführen. In einem Kommuniqué des Einsees ist festgestellt worden, daß Millerand und Herriot über das Programm vollkommen einig waren. Herriot selbst hat diese Mitteilung bestätigt. Er erklärte nur, die Unterredung mit dem Präsidenten der Republik habe sich weniger auf ein Programm als auf gewisse Fragen von nationaler Bedeutung bezogen, bei denen es keinen Widerspruch gibt; Millerand aber habe dem Führer des Kartells der Linken volle Freiheit gegeben, das Programm des Kartells durchzuführen. Herriot habe es aber abgelehnt, ein Kabinett zu bilden, weil, wie er sagt, die Mitglieder seiner Partei ihm nicht gestatten, das Mandat aus den Händen Millerands entgegenzunehmen. Durch diese Haltung haben die Männer des Linksblocks Erregung im Lande hervorgerufen.

Ein Abgeordneter der Linken fordert nun, daß die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt wird. Kammerpräsident Painlevé erklärt, das sei unzulässig, da der Abg. Reibel sich über den Antrag auf Vertagung auszusprechen müsse.

Der Abg. Reibel fährt fort und erklärt, im Laufe der Debatte hätten die Radikalen und Sozialisten den Präsidenten der Republik in die Debatte gezogen. Die Radikalen hätten sich von den Sozialisten und Kommunisten trennen lassen, weil sie Millerand nicht verzeihen konnten, daß er zum Siege Bolsevs gegen die roten Truppen der Sowjets beigetragen habe, und daß er ein Anhänger der Ruhrbesetzung gewesen sei. Er wundere sich, daß eine große Partei, wie die radikale Partei, sich den Revolutionären auf das antikonstitutionelle Gebiet gelassen; sie sei der Seelange derer, die diesen Kampf eingeleitet hätten. Diese Lage erinnere an die Zeit, in der Radikale und Sozialisten nur durch den antikerischen Kampf geeint gewesen seien. (Der kommunistische Abg. Cachin ruft: Fassen Sie sich kurz! Man muß es doch verstehen, zu verschwinden.) Der Abg. Reibel erwidert: Man muß auch zu bleiben verstehen, wenn man das Recht auf seiner Seite hat. Der Abgeordnete ergeht sich alsdann in Auslegungen der Verfassung, insbesondere des Para-

graphen, der die siebenjährige Amtszeit des Präsidenten vorschreibt. In diesem Augenblick wird durch den Linksblock die Abstimmung des Senats verkündet. Sämtliche Mitglieder nehmen diese Mitteilung mit dem Ruf auf: Es lebe der Senat! Kammerpräsident Painlevé kann nur mit Mühe dem Redner wieder Gehör verschaffen. Nach dem Abg. Reibel ergreift Ministerpräsident François Marfal das Wort.

Nach Beendigung seiner Rede stellt Ministerpräsident Marfal die Vertrauensfrage über den Verlagsantrag der Linken. Eine ganze Anzahl von Abgeordneten gibt Erklärungen über ihre Abstimmung ab. Der Verlagsantrag Herriot wird angenommen.

Aus der Mitte des Hauses verlangt man, daß der Abg. Herriot das Wort ergreift. Von der Linken schreit man Schluß der Debatte! Der Kammerpräsident erklärt, die Debatte könne nicht geschlossen werden, bevor die Rednerliste erschöpft sei. Hierauf ergreift der kommunistische Abg. Renaud Jean das Wort. Er erklärt, was man dem Präsidenten der Republik zum Vorwurf mache, seien die Handlungen, die er in der letzten Zeit begangen habe. Sie seien die logische Folge seiner politischen Entwicklung. Die Arbeiterklasse sei oft von demjenigen betrogen worden, bis sie am meisten geliebt habe. Der Redner geht alsdann des Näheren auf die politische Entwicklung Millerands ein und zitiert zahlreiche Stellen aus den Reden, die er zu einer Zeit, als er noch Sozialist war, gehalten hat. Als er von der Hinrichtung Millerands spricht, der man heute belohne, wird er vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen. Nach seiner Ansicht handele es sich heute um einen Kampf zwischen zwei Diktaturen, der Diktatur der Kapitalisten und der Diktatur der Arbeiter.

Nachdem der kommunistische Abg. Renaud Jean seine Rede beendet hat, ergreift nochmals Kolonialminister Fabry das Wort, um für den Präsidenten der Republik einzutreten. Es sei abschließend zu erklären, daß dieser große Franzose von dem kommunistischen Abgeordneten beleidigt worden sei. Es sei nötig, daß ein Protest hiergegen erhoben werde.

Hierauf erklärt Kammerpräsident Painlevé, daß das Haus über die von dem Kartell der Linken eingebrachte Tagesordnung abzustimmen habe, daß er aber von dem Abg. Reibel noch eine Tagesordnung erhalten habe mit folgendem Wortlaut: Die Kammer, die entschlossen ist, die Abstimmung der Artikel 2 und 6 der Verfassung vom 25. Februar 1875 zu respektieren, die eine der grundlegenden Garantien der Republik bilden, geht zur Tagesordnung über. Hierauf geben Vertreter der Mittelparteien und der rechtsstehenden Parteien Erklärungen ab. Der Abg. Walter gibt im Namen der esch-lothringischen Abgeordneten gleichfalls eine Erklärung ab, in der er gegen die Vertagung der Verfassung Protest erhebt. Ministerpräsident Marfal stellt hierauf die Vertrauensfrage, indem er feststellt, daß keiner der Unterzeichner der Tagesordnung, über die abgestimmt werde, das Wort in der Debatte ergriffen habe. Hierauf wird in die Abstimmung eingetreten, die das bereits gemeldete Ergebnis hat.

Offizielle Ankündigung des Rücktritts.

Paris, 10. Juni. (Eca.) Am Ende der Kammer Sitzung begab sich Marfal mit seinem Ministerium in das Einsee. Das Einsee veröffentlicht um 8 1/2 Uhr heute abend ein offizielles Kommuniqué, in dem ausgeführt wird, daß der Ministerpräsident in Begleitung der Minister sich in das Einsee begeben habe, um dem Präsidenten Millerand über den Gang der Ereignisse in dem Parlament Bericht zu erstatten. Millerand, so heißt es weiter, dankte Marfal und seinen Mitarbeitern für die Hilfe, die sie ihm bei der Verteidigung der Verfassung geleistet hätten. Als Marfal ihm mitteilte, daß er und seine Kollegen in Anbetracht der Abstimmung der Kammer ihre Demission einzureichen gedächten, antwortete Millerand, daß er aus dem Bericht über die Haltung des Parlaments die Schlussfolgerung ziehen wird und zurücktreten werde. Er bat infolgedessen das Kabinett Marfal, noch im Amte zu verbleiben, um seine Demissionsbotschaft morgen vor dem Parlament zur Verlesung zu bringen. Die Demissionsbotschaft wird morgen zu Beginn der Parlamentsitzung zur Verlesung gelangen.

Verbot des Deutschen Tages in Siegen. Von dem preussischen Minister des Innern ist der Deutsche Tag in Siegen, der am 14. und 15. d. M. stattfinden sollte, verboten worden.

Richard Strauß.

Zum sechzigsten Geburtstag des Meisters.

Von Kurt Singer.

Wir grüßen in Richard Strauß, dem 60jährigen, den deutschen Musiker, der wie kein anderer internationale Geltung hat, den Repräsentanten jener großen schöpferischen Linie, die mit Beethoven und Liszt begann und in ihm seine Krönung fand, den größten modernen Meister des Orchesters und seiner Farben, zugleich den Musiker, der den Geist seiner Zeit mit keinem Wert, in seinem Wert am instinktsichersten widerspiegelte. Man jubelt ihm zu, wenn er in einer Loge der römischen Oper gesehen wird, man feiert ihn in Paris, dem er ein Ballett schenkte, man preist den Dirigenten seines eigenen sinfonischen Werkes in London. Wir haben alle Ursache, diese Repräsentationskraft Strauß' zu unterstreichen; viele schöpferische Werte von solchem Format haben wir nicht. Und die Zeit wird reif, wo die große Veröhnung mit einem einzelnen Sohn des Volkes zu einer allgemeinen Veröhnung wird.

Wenn man diese schöpferische Potenz als gegeben und als wahr hin, so bleibt über das Werk von Richard Strauß heute kaum mehr, kaum anderes zu sagen, als was vor etwa 20 Jahren von ihm hätte gesagt werden können. Denn Strauß gehört zu den Musikern, die sich nicht entwickelt haben, die mit einem einzigen Wurf ihre Meisterhaftigkeit bekundeten und diese Tat dann unzählige Male variiert haben. Zugegeben: die Technik wuchs, das Kolorit wurde bewundernd, ein raffinierter Kunstverstand entdeckte immer mehr Nuancen eines heftigen, bunten, klingenden Lebens, mit souveräner Meisterschaft schrieb er Partitur auf Partitur, und jede hatte ihren Reiz. Aber „Zarathustra“ und „Don Juan“ nehmen alle spielerischen, alle musikalischen, eruptiven, freischwingenden Elemente späterer Zeit vormweg. „Domestica“ und „Alpenfönle“, die letzten sinfonischen Dichtungen, gleiten auf langer Strecke in eine Neufertigkeit des splendiden Klanges hinein, die nur noch ideales Kunsthandwerk ist. Wie er innerhalb eines einzelnen Werkes die Beethovenische Form mischete, die in großem Sinne zu einer Entwicklung von Gedanken verpflichtete, so blieb er auch starr an sein Programm gebunden, ohne das Sentiment in die Tiefe des menschlichen Daseins zu werfen. Vergleicht man Strauß mit den Sinfonikern unserer Zeit, Bruckner und Mahler, auch Brahms, so fällt dieser Mangel an Tiefgang auf. Die Oberfläche wurde unter seinen Künstlerhänden so schillernd, bunt, so reichlich schön gemacht, daß für Logik des Baues, für Bekenntnisse menschlicher Besinnung, für Durchsichtigkeit mit Gott und Seelenmaterial nicht Raum blieb. Ein prunkvolles äußeres Gewand wurde um eine liebesarme menschliche Figur gehängt. Eine neue Klasse der Besthenden, der Schwadron wollte nichts anderes, konnte nichts anderes. Die Technik eines Jahrhunderts hatte ihren Gott gefunden.

Und nicht nur die Technik, auch der Geist, auch der Kern unserer Zeit. Beide sind Feinde der Form und des Klanges, Gegner des religiösen Selbstbewusstseins. „Salome“ und „Elektra“ — so heißen die Frauen, deren nervöse Reize den Opernmann Strauß am stärksten fesselten. Auch im Märchen von der „Frau ohne Schatten“

gleichen hysterische, verkrampte, unfreie Menschheitszüge auf. Ein Prunk, Feuer, Lebenslust, an Schönheit und charakteristischem Ausdruck sind diese Partituren nicht zu überbieten, in ihrer Konstruktion geradezu Vorbilder. In den Kern seelischen Erlebens, gesunden erotischen Empfindens, großen Liebesdaseins drang Strauß nicht vor. Auch hierin ging er mit der Zeit, nicht gegen sie; noch weniger leuchtete er ihrem Schritt voraus. In der „Ariadne“ wird endlich die langersehnte Einfachheit melodisch gestreichelt und oft erreicht. Ihre Buffpartien sind das Musikkunstwerk, Beste, was Strauß geschrieben. „Salome“ und „Ariadne“, Anfang und Ziel: in beide Arten von Musikdrama lassen sich alle anderen Werke stilistisch und mit allen Stimmlichkeiten einreihen. „Salome“ — die langsam verbläuhende Musik der hysterischen Reizsamkeit, die zugrunde gehen wird, je näher wir der gar nicht reizlosen Musik Bachs und Mozarts kommen; und „Ariadne“ — die Rückkehr zur reinen, in Einfachheit großen Musik.

Strauß überragt nicht nur im Handwerklichen, sondern auch an Einfühlung und Einfallsreichtum alle Nebenbuhler. So hatte er es nicht nötig, in den modernsten Schrei zu verfallen. Im Gegenteil: er suchte den Weg von der Lautheit und nervösen Erregtheit zur Stille, vom Musikdrama zum Singspiel, von der Komplexiertheit zur Klarheit und Reinheit des Gefühls. Wäre er 20 Jahre länger, so hätte noch ein Aufstieg von programmatischer Nachzeichnung den Stimmungen zu echtem, großem Gefühl erwarret werden. Aber Entwicklungsstufen der Kunst und der Lebensform lagen nicht in ihm, und Flügel des Gesanges hoben ihn nicht in andere Gefilde. So blieb er starr in sich selber. Bei der großen Zahl seiner Werke bemisst das nur, welcher Reichtum musikalischen Ausdrucksmögens ihm auf den Weg gegeben war, beweist zu gleicher Zeit, daß Richard Strauß ein zeitgebundenes Genie ist. Ein Genie immerhin. Wir ziehen vor solchen Meistern den Hut.

Wie Richard Strauß arbeitet.

Als der Komponist der „Salome“ zur Zeit der Einstudierung seiner „Josephslegende“ kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Paris weilte, erklärte er einem Mitarbeiter des „Journal“ gegenüber in der Stellungnahme der phantastischen Berichte der Pariser Blätter, die ihn als einen zügellosen Stürmer und Dränger geschildert hatten, mit der ihm eigenen ironischen Note: „Ich schreibe an einem Arbeitstisch, der genau so aussieht wie alle anderen Tische, entweder im Haus oder auch im englischen Cheviotanzug. Ich bin niemals fieberhaft erregt und trage mein Haar kurz geschoren. Meine Liebe gilt dem Sommer, dem Land und den Bergen. Ich bin ein unverbesserlicher Bergkletterer, und die Inspiration überfällt mich oft, wenn ich hoch auf dem Berges Spine sitze. Den Sommer verbringe ich in Garmisch. Ich habe da viel Grün und viel Ruhe. Die Hindendüsten mir ins Haus hinein. Im Winter arbeite ich kühl und ohne Hast, ja sogar ohne jede Erregung. Man muß ja auch Herr über sich selbst sein, wenn man das ewig bewegte Schachbrett, so da Instrumentierung heißt, in Ordnung halten will. Der Kopf, der „Tristan“ komponierte, mußte eisig wie Marmor sein. Ich arbeite langsam. Von der ersten schöpferischen Idee bis zur endgültigen Fassung vergeht immer viel Zeit. Ich meine, daß die Erfindung, wenn sie wirklich etwas Neues, Befreiendes bringen soll, Zeit braucht,

Die größte Kunst bei der Erfindung ist die Kunst des Abwartens. Nach meiner Ueberzeugung muß jedes Werk in einer anderen Sprache geschrieben werden und sein eigens für den Zweck gemachtes Kleid tragen. Man soll in der Kunst nicht vorgefasste ästhetische Ansichten haben. In der Materie wie in der Skulptur liebe ich die Kühnen Neuerer nicht minder als die reinsten Klassiker.“

Der Reichspräsident an Richard Strauß. Der Reichspräsident hat an Richard Strauß zu seinem 60. Geburtstag folgendes Telegramm gerichtet: „Dem Künstler, der wie kein zweiter unter den Lebenden deutsche Musik in der Welt zur Geltung brachte, überlebe ich meinen Glückwunsch zum 60. Geburtstag. Unser Volk ist stolz auf seinen Sohn, der die Kunst des Meisters Liszt in seinem sinfonischen Schaffen zur Vollendung brachte, und der zugleich alle lebensstarken Ausstrahlungen seiner Zeit im kühnsten und wirkungsvollsten Licht des Theaters zu sammeln verstand. Als Meister gepriesen von den Fachwelt, bejubelt von den Hörern, ein weithin sichtbarer Beweis deutschen Musikgenies, so mögen Sie viele Jahre jung und stark im Schaffen bleiben! Reichspräsident Ebert.“

Auslandstreifen von Schülern „unverwünscht“. Aus einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien gibt der Amtliche Preussische Präsident folgendes bekannt: Auf Grund zahlreicher Berichte der ausländischen Vertretungen Deutschlands, mehrerer Anfragen des auswärtigen Amtes und im Zusammenhang mit den von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen über Auslandstreifen müssen zurzeit Auslandsreisen von Schülern, soweit solche von der Schule oder einzelnen Lehrern geplant sein sollten, als unerwünscht bezeichnet werden. Es sei, so heißt es weiter, weder zu billigen, daß besonders zahlungskräftige Schülergruppen in größerer Zahl im Auslande auftreten, noch auch, daß Schüler im Auslande die Wohnortfreiheit der deutschen Kreise oder gar der Bevölkerung in Anspruch nehmen. Beides sei im Auslande mißbilligt worden. Unter dieser Mißbilligung drohe auch in deutschfreundlichen Auslandstreifen die Bereitwilligkeit zu leiden, gesundheitlich leidende Kinder bei sich aufzunehmen. Zum Schluß seiner Ausführungen weist der Minister auf die völlig ausreichenden Bildungsmöglichkeiten hin, die Wanderungen und Reisen in Deutschland den Schülern bieten, so daß der Verzicht auf Auslandsreisen keine Beeinträchtigung der Jugendbildung bedeute.

Nachdem man früher in der Förderung von Auslandsreisen deutscher Schüler sich nicht genug tun konnte, scheint man jetzt in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Daß Wanderungen und Fahrten durch Deutschland der bildungsbedürftigen Jugend mannigfache Anregung und Belehrung bieten können, ist nicht zu bestreiten. Zur Ergänzung und Abrundung der Bildung und zur Erweiterung des Gesichtskreises würde aber gerade die Kenntnis des Auslandes viel beitragen. Daß deutsche Schüler im Auslande hier und da Mißbilligung erregt haben, ist bei der vielfach nationalitätlich-hausintelligen Erziehungsendenz namentlich unter höheren Schulen leider sehr glaublich. Aber neben völlig aufgeputzten Klammern gibt es doch auch zahlreiche anständige Elemente in der deutschen Schuljugend, und man sollte diese die Verfehlungen jener nicht entziehen lassen.

Verfassungskonflikt in Dänemark?

(Von unserem dänischen Korrespondenten.)

Kopenhagen, den 10. Juni 1924.

Die politische Lage in Dänemark hat sich zu einem Kampf der zwei Kammern des dänischen Reichstages, des Folkethings gegen das Landsting, zugespitzt. Das dänische reaktionäre Bürgertum, durch einen seit 1849 bestehenden Parlamentarismus in allen Kampfmöglichkeiten der dänischen Verfassung geküht, benutzt seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung das Nebeneinander der zwei Kammern, um systematisch die neue Mehrheit des Folkethings, Sozialdemokraten und Radikale und die auf ihr basierte sozialdemokratische Regierung an ein Regieren nach ihrem Programm zu hindern. Mittel zu diesem Zweck ist die reaktionäre, aus Konserwativen und Rationalisten bestehende Mehrheit des Landstings. Diese Mehrheit entspricht nicht der Mehrheit der dänischen Wähler, wie die Folkethingswahlen vom 11. April bewiesen, sondern ist ein Ausdruck des veralteten Wahlrechts für den Landsting. Die Hälfte seiner Mitglieder werden alle vier Jahre durch indirekte Wahl aller stimmberechtigten Frauen und Männer über 35 Jahre ergänzt, so daß die augenblickliche Zusammensetzung der Wählermeinung vor vier und acht Jahren entspricht. Im Herbst ist die Wahl der Hälfte der Landstingsabgeordneten — also der vor acht Jahren gewählten — fällig.

Die Reden, die am dänischen Verfassungstag, am 5. Juni, von den Parteiführern gehalten wurden, beschäftigten sich naturgemäß mit diesem verhängnisvollen Zustand, daß die eine Kammer mit ihrer Mehrheit der bei den letzten Wahlen geschlagenen Partei eine Regierung auf Grund des letzten Wahlergebnisses völlig zu sabotieren droht.

Das war bei der Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung schon der Fall, indem der Landsting die von der sozialdemokratischen Regierung und der hinter ihr stehenden Folkethingsmehrheit beschlossenen Maßnahmen zugunsten der Hausagrarien einschränkte. Sabotiert wurde der von der Regierung Stauning vorgeschlagene Valuta- und Importregulierungsplan, den die Landstingsmehrheit einfach abgelehnt hat. Verfassungsmäßig hat der Landsting in solchem Falle Gegenvorschläge zu unterbreiten, aber noch nicht einmal das tat er. Während seine Konserwativen den alten Löhndücker Goldzoll hervorholten, gegen den sogar ihre eigenen Bundesgenossen, die Rationalisten, sind, begnügten sich diese und damit die Mehrheit des Landstings damit, dem Importregulierungsplan trotz der Annahme durch das Folkething die Genehmigung zu versagen. Diese Politik droht sich zu einem Verfassungskonflikt auszuwickeln, da Konservativen und Rationalisten den Landtag weiterhin als Waffe gegen die sozialdemokratischen Pläne bezüglich Steuerreform, Banken- und Aktiengesellschaftsreform, Abrüstung benutzen wollen.

Sowohl Genosse Stauning wie der Führer der Radikalen, Hojhe, nahmen in ihren Reden zum Verfassungstage den zugeworfenen Handschuh auf. Die Lage ist insofern besonders schwierig, weil eine Vernichtung der reaktionären Landstingsmehrheit durch die Neuwahl im Herbst, die nur die Hälfte seiner Mitglieder ergänzt, so gut wie ausgeschlossen erscheint. Die Verfassung ist unklar in der Bestimmung des gegenseitigen Machtverhältnisses von Folkething und Landsting, aber bisher war es Tradition, daß der Landsting sich ohne weiteres den Grundlinien der vom Folkething beschlossenen Gesetze angeschlossen und seine Aufgabe in der Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit und Durchführbarkeit der Gesetze sah. Dieser Zustand wurde vor allem von den Konserwativen und Rationalisten, als sie regierten, als richtig und rechtlich angesehen — jetzt, nachdem sie durch die Entscheidung der Wähler als unzulänglich der Leitung des Landes erklärt wurden, pochen sie plötzlich — wie es der nationalliberale vorherige Staatsminister Keergaard in seiner Verfassungsrede tat — auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der würdigen

alten Herren im Landsting. So sieht das „fair play“ aus, das auch die dänische Reaktion einer Arbeiterregierung zu gewähren verspricht!

Diese Zuspitzung des innerpolitischen Kampfes in Dänemark kann auch einen überall interessierenden Beitrag zu dem Thema: Königtum und Arbeiterregierung bringen. Denn Genosse Stauning wird bei einem Andauern der Landstingobstruktion als letztes Mittel zu einer vorzeitigen, außerordentlichen Auflösung und Neuwahl des gesamten Landstings zu greifen versuchen. Eine solche ist aber ohne Zustimmung des dänischen Königs unmöglich. König Christian X. hat, seitdem der Generalstreik der dänischen Arbeiterkraft im Jahre 1920 ihn beehrte, daß in Dänemark eine Politik der Hofkamarilla auf äußerstem Widerstand stoßen würde, eine innerpolitisch durchaus neutrale und anerkennende demokratische Haltung eingenommen. Wird er diese konsequent durchführen, wenn es gilt, die demokratisch zu Recht handelnde und von ihm selbst, als im Einklang mit Buchstaben und Geist der Verfassung stehend, gerufene Arbeiterregierung von der Obstruktion der Reaktion zu erlösen?

Das sind die Fragen, die Dänemark in einen Zustand politischer Hochspannung bringen, der im Sommer oder Herbst sich in Neuwahlen, vielleicht sogar in innerpolitischen Machtkämpfen anderer Art entladen kann. Und doch wäre nichts dringender, als daß die sozialistische Regierung zu schneller durchgreifender Arbeit kommt. Die Staatskasse erweist sich, je tiefer der sozialistische Finanzminister Bramsnaes in sie hineinsieht, um so leerer, der Staatshaushalt der vorhergehenden nationalliberalen Regierung weist mehr und mehr „Bergeflüchlichkeiten“ auf der Ausgabeite auf, die Steuererteilung — rund 70 Proz. indirekte gegen 30 Proz. direkte Steuern, schreit zum Himmel, wichtige Gesetze warten der Erledigung. Was die sozialdemokratische Regierung bisher durchführen konnte, war meist administrativ — Streichung der Herbstmanöver, Beganabigungen, Nachlaß von Armenhilfe. Sie ist sich aber bewußt, daß nur Gesetzarbeit geleistet werden muß, um endlich freie Bahn zu schaffen. Selbst vor einem nochmaligen Appell an die Wähler beabsichtigt sie nicht zurückzusehen.

Völkische Ehrenmänner.

Dr. Grandel u. Co.

Der nationale Verteidiger — so nannte sich einer der Herren Verteidiger im Grandel-Thormann-Prozess, wohl weil er die nationalen Wähler in ihren häuslichen Zügen, mit deren Hilfe sie vor Gericht elendiglich kneifen, in allen Prozessen unterstützte — also der nationale Verteidiger hat seine nationalen Klienten in einem blumengeschmückten Auto vom Gefängnis abgeholt. Weil ein deutsches Gericht, selbst Emmingerischer Prägung, für feststehend erklärt hat, daß Dr. Grandel die Ermordung des Leiters der deutschen Wehrmacht gewünscht und auf deren Herbeiführung planmäßig hingearbeitet hat; weil ein deutsches Gericht diesen Meuchelmörder, der nur durch Zufall nicht Mörder geworden ist, als moralisch minderwertig gebrandmarkt hat, weil endlich dieser völkische Held nur dank der ihm so günstigen Auslegung des Gesetzesparagrafen straffrei ausgegangen ist, — aus allen diesen Gründen und eben aus diesen hält der nationale Verteidiger seinen nationalen Klienten in einem blumengeschmückten Auto aus dem Gefängnis. Wir wollen hoffen, daß der Sieg über die Vernunft, über die Moral, über alle menschlichen und göttlichen Gesetze, bei Sekt und Kuckern, wenn auch nicht mit Dornen, gefeiert worden ist. Und es würde uns gar nicht wunder nehmen, wenn wir erfahren, daß auch Justizrat Cioch, den Dr. Grandel noch kurz vor dem Titeltatsache besucht und zu dem auch die Frau Dr. Grandels nach dessen Verhaftung sofort den Weg gefunden hat, auch dabei gewesen ist. Ebenso wenig würde es uns wundern, wenn auch die Herren v. Lettenborn, Rüpke und selbst Gilbert, der ja zweifellos nicht nur Herz und Wohnung mit Herrn Lettenborn teilt, sondern auch seine Informationen aus dem Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit, zu dem Jubelgelage geladen gewesen wären. Denn gut national, antisemitisch, antimosaisch sind sie ja alle mitamt — und v. Seckl war ja für sie alle in gewissem Sinne ein Schädling. Weshalb denn nicht bei Sekt die Verdahnung feiern, nachdem der Nordplan gegen v. Seckl so zur Zufriedenheit aller verlaufen ist!

Ja, eine feine Gesellschaft! Das ist doch ganz etwas anderes, als so ein simpler Proletarier. Bei dem gab es keine Kinderstube, keine Kommissen, keine Schmissen, keine Offiziersgehre — allerdings auch keinen Meuchelmord, keine Judasküsse, keine dreißig Silberlinge, für die man seine politischen Gesinnungsgenossen dem Scharfrichter ausliefert. Dafür sind es ja auch nicht Ehrhardt und Hochbühl, Kulturpolitische Vaterlandsreiter, wie das heimliche Finanzgenie Dr. Grandel, nicht geldgierige Krier, wie die Scheinmännchen und der Major Gilbert (nach der Sachverständigen-Terminologie Dr. Grandels, der auch die Verantwortung für diesen Ausspruch trägt), nicht Geschäftsreisende in nationalen Angelegenheiten wie Thormann, und auch nicht Sekretäre der Deutschvölkischen Freiheitspartei, wie der aus Anlaß des Parheimer Nordprozesses verhaftet gewesene Herr v. Lettenborn.

Blumen, Champagner, Kuckern — alles nichts. Wenn doch endlich einmal ein genialer Halunke käme, der einen speziellen Orden, auch einen „Pour le merite“, für Meuchelmörder entwürfe. Trotz juristischer Freisprechung hätten dann Dr. Grandel und Thormann, auch nach Befundung des Gerichtes über ihre moralische minderwertigkeit, zweifelsohne einen Anspruch auf diesen Orden. Und ihre üblichen Freunde würden sie ihnen auch gern gönnen. Eines wäre aber dabei zu bedenken: Lettenborn und Rüpke würden vor Reid vergeblich. Doch kommt Zeit, kommt Rat. — Sie könnten sich ihn ja auch noch verdienen.

Vergeudete Summen.

Die Verschwendung der Besatzungstruppen.

Ein erschütterndes Bild der finanziellen Kriegsvergeudung bietet die soeben erschienene vierte Denkschrift über die Besatzungskosten, herausgegeben von dem Reichsminister für die besetzten Gebiete. Demnach stehen zurzeit im aisehrten Gebiet, in Düsseldorf-Duisburg und an der Ruhr etwa 200 000 Mann fremde Soldaten, für deren gesamte Bedürfnisse das Reich aufkommen muß. Seit dem Ende des Waffenstillstandes sind an unproduktiven Ausgaben für die Besatzungsarmee 5 145 199 025 Goldmark, also weit über 5 Milliarden aufgewendet worden. Hinzutreten die in den französischen Haushaltsplänen zu Lasten Deutschlands ausgeworfenen Mittel für den Unterhalt der Besatzungsarmee und die Ausgaben einschließlich der Ruhraktion, so daß Deutschland nach vorsichtiger Schätzung etwa noch weitere 200 bis 300 Millionen Goldmark für die Besatzung wird vergütet müssen.

Die Verwendung dieser Summen ist sehr vielseitig. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen, Verpflegung, Requisitionskosten und Beschlagnahmungen,

sondern auch auf Grundstückerwerbungen, Neubauten und Umbauten, Beschaffung und Unterhaltung von Einrichtungsgegenständen und vieles andere. Die Rheinlandkommission in Koblenz, die im Artikel 2 des Rheinlandabkommens mit nur 4 Mitgliedern genannt wird, hat sich zu einem sehr bedeutenden Apparat ausgewachsen. Allein ihre französische Abteilung hat 21 Unterabteilungen, von denen wegen ihres offenbar politischen Einschlags folgende besonders zu erwähnen sind: Spezialabteilung für öffentlichen Unterricht (Rechtsschulen, Wissenschaft und Handel), technischer Unterricht, Studium der deutschen Verhältnisse, Ackerbau-schulen usw. Das Gesamtpersonal der Rheinlandkommission besteht aus über 1300 Köpfen. Allein im Jahre 1923 betrug die Gesamtkosten für diese Behörde 21,5 Goldmark. Sehr bedeutend sind auch die Ausgaben für Offizierskasinos, Soldatenheime und Damenheime. Die letzteren sind für die weiblichen fremdbürtigen Angehörigen der Besatzungsbehörde bestimmt. Um nur auf eines der Kasinos, noch nicht einmal das teuerste, näher einzugehen, greifen wir das französische Offizierskasino in Wiesbaden heraus. Für die Vierung von Küchengeräten, Silber, Porzellan, Geschirr, Ergänzung der elektrischen Lichtanlagen wurden im Kalenderjahr 1923 rund 1 287 417 Goldmark ausgegeben. Auffallend groß sind auch die Aufwendungen für landwirtschaftliche Betriebe, die die Besatzung für landwirtschaftlichen Unterricht und landwirtschaftliche Versuche glaubt in Anspruch nehmen zu können. Eine Reihe von Domänen und privaten Höfen wurden zu diesem Zwecke beschlagnahmt. Hinzutreten die Beschlagnahmungen wertvollen Landes für Schießplätze, Übungsplätze, Exerzierplätze, Reitplätze, Schießstände. Allein die von der Besatzungstruppe beschlagnahmten Neuanlagen — also außer den früheren deutschen Truppenplätzen — umfaßten Ende 1922 rund 4000 Hektar. Bemerkenswert ist, daß im französischen Haushalt zu Lasten Deutschlands auch die Summen erscheinen, die die Besatzungstruppen für Suppenküchen ausgegeben hat. Diese sind von deutschen Armen sehr heftig benutzt worden; jedoch dürften die wenigsten wissen, daß diese französischen Spenden dem deutschen Reiche in Rechnung gestellt werden. Außerordentlich groß ist die Belastung der Städte durch die Beschlagnahmung von Wohnungen, Geschäftsräumen und Schulen. Allein im preussischen Sanktions- und besetzten Ruhrgebiet sind 50 000 Schulkinder von den Beschlagnahmungen betroffen. In Mainz sind 2366 Wohnungen mit 13 055 Räumen beschlagnahmt. Außerdem erstrecken sich dort die Beschlagnahmungen noch auf 1353 Teilwohnungen mit 2679 Räumen. Mehrfach liegen die Verhältnisse in zahlreichen anderen Städten.

Beirächtig sind auch die Ausgaben für die Interalliierte Kommission. So betrug die Kosten für die Ueberwachungsausschüsse bisher 36 122 820 Goldmark, für die Reparationskommission 47 867 205 Goldmark, für die Restitutionsstellen, die für Rücklieferung des von Deutschland während des Krieges weggeführten Geldes und Materials zu sorgen haben, insgesamt 17,2 Goldmark. Besatzungskosten und Kosten für die Kommissionen zusammen belaufen sich auf 5 254 229 050 Goldmark. Zum Vergleich sei folgende Zahl genannt: In den letzten vier Jahren vor dem Kriege gab Deutschland für Heer, Flotte und Reichsmilitärgericht jährlich im Durchschnitt etwa 1 Goldmark aus. Die Besatzungskosten am Rhein verhängen also noch mehr als der deutsche Vorkriegsmilitärismus.

Die Politik aller vernünftigen Menschen in Europa muß darauf gerichtet sein, diese Ausgaben in Fortfall zu bringen und die Summen der Wiedergutmachung und dem Wiederaufbau zuzuführen.

Erneuerung der Ricumverträge.

Von unterrichteter Seite wird über die augenblicklich stattfindenden Verhandlungen betr. die Erneuerung der Ricumverträge im Bergbau und in der Eisenindustrie u. a. mitgeteilt:

Das bisherige Ricumabkommen für den Bergbau sieht vor, daß von der Kohlenförderung des Ruhrbergbaus 27 Proz. unentgeltlich zu Lasten des Ruhrbergbaus an die Entente abgegeben werden müssen. Dazu kommt der Zehnjahresverbrauch einschließlich Deputatskosten mit 12 Proz. der Förderung, das sind 39 Proz. der Gesamtförderung, für die der Ruhrbergbau seinen Erlös erzielt. Die Folge ist, daß der Gesamt Ruhrbergbau seit Öffnung der Betriebe nach Abschluß des positiven Waffenstillstandes ein Schuldenlast kontrahiert hat, die zwischen 250 bis 300 Millionen Goldmark liegen dürfte. Die notwendigen Kredite sind aber nur unter den drückendsten Bedingungen zu erlangen. Von einer Profitrate kann im Ruhrbergbau daher kaum mehr gesprochen werden. Würde die Abgabemöglichkeit der Ruhrkohle nicht durch das Ricumabkommen erschwert worden sein, so wäre eine erhebliche Umstellung der Bergbauwirtschaft in produktivem Sinne möglich gewesen. Gegenüber der Tagesförderung im Durchschnitt des Jahres 1922 mit 320 000 Tonnen hätte man ohne die Ricumlast mit einer 10 bis 15prozentigen Fördersteigerung rechnen können. Das Ricumabkommen aber zwang dazu, alle Flüge und alle Betriebspunkte mit zu teuren Befestigungskosten stillzulegen, sonst würde die gemachten Zubußen noch ungleich größer, ganz abgesehen davon, daß die erhöhte Förderung zu dem durch die Ricumlasten hinaufgetriebenen Preis weder auf deutschen noch auf fremden Märkten abgesetzt werden konnte. Tatsächlich stehen der durchschnittlichen Tagesförderung von 320 000 Tonnen im Jahre 1922 nach Öffnung der Betriebe unter dem Ricumabkommen folgende Tagesförderungsfiguren gegenüber: Dezember 1923: 186 000 Tonnen, Januar 1924: 240 000 Tonnen, Februar 1924: 291 000 Tonnen, März 1924: 309 000 Tonnen. Die Förderung blieb also um mehr als 10 000 Tonnen täglich hinter dem Tagesdurchschnitt von 1922 zurück, während sie ohne die Ricumlast zwischen 360 bis 380 000 Tonnen liegen müßte. Das Ricumabkommen vermindert also die betriebstechnisch mögliche Kohlenförderung ganz zwangsläufig um täglich mehr als 50 000 Tonnen.

Das Jubalandabkommen.

London, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In London ist durch die britischen und italienischen Sachverständigen ein Uebereinkommen über die sogenannte Jubalandfrage zustande gekommen, das in der kürzesten Zeit von den beiden Regierungen ratifiziert werden wird. Durch den Vertrag tritt Großbritannien einen Teil von Britisch-Somaliland an das italienische Somaliland ab. Die Bedeutung dieses Uebereinkommens liegt darin, daß, wie die „Times“ sagen, nunmehr zwischen Italien und England nicht die geringste Streitfrage mehr besteht. Die Abtretung des Jubalandes durch Großbritannien ist ein weiteres Zeichen der immer stärkeren italienisch-englischen Annäherung.

Die Italiener auf Rhodos.

Rom, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Landung von 2000 italienischen Truppen mit Maschinengewehren auf der Insel Rhodos hat den Zweck, die dortige italienische Garnison dauernd zu verstärken. In römischen Regierungskreisen herrscht die Auffassung, daß nunmehr mit Kraft die italienischen Interessen in Kleinasien gefördert und ausgebaut werden müssen. Die italienische Expansionspolitik in Kleinasien findet die Unterstützung Englands.

Das kurzfristige Gabelberger und die Reichsbahn. Durch Erlaß der deutschen Reichsbahn vom 12. April d. J. wurde das kurzfristige Gabelberger für den gesamten Bereich der deutschen Reichsbahn zum Einheitsfahrplan. Dies wurde zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im preussischen Landtag gemacht und es wurde darauf hingewiesen, daß durch diesen Erlaß das in Preußen vorherrschende System Stölze-Schren zum Schaden einer wirksamen Förderung der Kurzfahrt benachteiligt werde. Nach der letzten Fällung der beiden größten Kurzfahrtlinien seien in Preußen 1920—21 in Stölze-Schren 127 627, in Gabelberger nur 28 511 Personen unterrichtet worden. Ferner hätten sich in Laufe der Zeit alle preussischen Eisenbahndirektionen bis auf drei für Stölze-Schren entschieden, und außerdem habe das Kultusministerium am 29. Dezember 1920 auf Stölze-Schren empfehlend für den wahlfreien Unterricht an mittleren und höheren Schulen hingewiesen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es hiernach bereit sei, auf die Verwaltung der deutschen Reichsbahn hinzuwirken, den erwähnten Erlaß dahin abzuändern, daß für den Bereich der Reichsbahnen in Preußen Stölze-Schren als Einheitsfahrplan bis zur Einführung einer etwa noch kommenden Einheitskurzfahrt bestimmt werde.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, führt der Kultusminister in seiner Antwort aus, er sei an die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn mit der Bitte herangetreten, die Ausführung des Erlasses vom 12. April vorerst auszusagen, um nicht das Zustandekommen einer Einheitskurzfahrt zu gefährden. Ueber das Ergebnis dieses Schrittes behält sich der Minister weitere Mittelungen vor.

Hofen unter Streifband. Die indische Wochenschrift „The Rajistan“ erzählt folgende lustige Geschichte: Eine Frau landete ihrem Sohne ein paar Hofen unter Streifband, was natürlich bedeutend billiger ist als ein Postpaket. Sie bekam sie zurück mit der Bemerkung des Postamts: Kleider können nicht unter Streifband gefandt werden. Wenn Sie in den Postvorschriften nachlesen, werden Sie finden, was unter Streifband gefandt werden kann.“ Nach einigen Tagen antwortete die Frau: „Ich habe die Postvorschriften eingesehen und finde, daß Sendungen, die auf beiden Seiten offen sind, unter Streifband gehen. Und wenn Hofen nicht an beiden Enden offen sind, dann möchte ich gerne wissen, was eigentlich auf beiden Enden offen ist.“

Eine neue Oper von Strauß. Richard Strauß hat seine neueste Oper „Intermezzo“, eine bürgerliche Komödie, deren Text ebenfalls von ihm stammt, der Dresdener Staatsoper zur Aufführung überlassen. Diese ist für den 30. Oktober unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Busch in Aussicht genommen.

Operette in der Oper am Königsplatz. Auf diesem Platz wird unter den gleichen Bedingungen wie für die Opervorstellungen ein tägliches Abonnement ab 30. Juni ausgesetzt werden. Die Preise werden niedriger als diejenigen der Opervorstellungen sein. Kritische auf Ueberholung von Abonnementplätzen können bis zum 20. Juni an die Generalverwaltung der Staatsoper, Postothentstraße 3, gerichtet werden. Auch wird belehrt im Zimmer 48 mündlich Auskunft erteilt.

Ein Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie.

Gewerkschaftsbewegung

Wie Kommunisten Streiks führen.

Zum Ausstand in Oberschlesien.

Ostschl., 10. Juni. (Mit.) Der Ausstand in Westschlesien ist erloschen. Seit heute früh ist die Arbeit in den Gruben allgemein wieder aufgenommen worden. In der Eisenindustrie arbeiten die kalten Betriebe voll, die warmen Betriebe, bei denen gewisse Vorarbeiten erledigt werden müssen, haben mit diesen heute begonnen und kommen im Laufe der Woche voll in Arbeit. Der Ausstand hat in den Gruben fünf Wochen, in der Eisenindustrie drei bis vier Wochen gedauert. Er wurde von den kommunistisch geführten Betriebsräten eingeleitet und geführt, im Kampfe gegen das Arbeitszeitabkommen, das in der bisher gültigen Form durch Schiedsprüche, die vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wurden, verlängert worden war. Der Kampf hat der Arbeiterschaft nicht das geringste Ergebnis eingetragen. Sie mußte den Ausstand abbrechen, da Streikunterstützungen von den Kommunisten nicht gezahlt werden konnten und die Arbeitgeber jede Verhandlung ablehnten, bevor nicht dem durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche geschaffenen gesetzmäßigen Zustand durch Wiederaufnahme der Arbeit Rechnung getragen war.

Der Streik in Oberschlesien wurde seinerzeit kurz vor den Reichstagswahlen von den Kommunisten zu Wahlzwecken inszeniert, genau wie die Kommunisten in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet versuchten, einen Generalkstreik ins Werk zu setzen. Die Kommunisten machten sich die Sache sehr leicht. Sie stellten recht radikale Forderungen auf, die durchzusetzen sie den Arbeitern versprachen. Die Warnungen der erfahrenen Gewerkschaftler wurden nach bekanntem Muster als „Verrat“ bezeichnet. Mit solchen Mitteln gingen die Kommunisten auf Stimmensfang aus.

Es muß festgestellt werden, daß sie in diesem Punkte in den Bergbauerevieren einen gewiß nur vorübergehenden, aber nichtsdestoweniger starken Erfolg gehabt haben. Die Stimmen der Kommunisten nahmen auf Kosten der Sozialdemokratie bedeutend zu. Wo diese erschwundenen Stimmen bei den nächsten Wahlen bleiben werden, darüber kann heute schon kein Zweifel bestehen.

Während aber die Ruhrbergarbeiter und die Bergarbeiter Mitteldeutschlands bei den Wahlen ihrer berechtigten Erbitterung dadurch Ausdruck gaben, daß sie in großer Zahl für die Kommunisten stimmten, waren sie doch durch die Erfahrung gewarnt genug, den kommunistischen Generalkstreikparolen keine Folge zu leisten. Gewerkschaftlich trauten sie den Kommunisten nicht die Fähigkeit zu, einen großen Kampf erfolgreich führen zu können. Das haben nicht allein die mitteldeutschen Bergarbeiter bewiesen, indem sie sich allen kommunistischen Generalkstreikparolen gegenüber taub verhielten, besonders stark trat dies während des großen Kampfes der Ruhrbergarbeiter in Erscheinung. Alle Anstrengungen der Kommunisten, die im Ruhrgebiet soeben einen großen Wahlerfolg errungen hatten, die Führung des Kampfes in ihre Hände zu bekommen, fielen platt zu Boden. So konnte die Ausperlung mit einem nicht zu unterschätzenden materiellen Teilerfolg, der moralisch noch höher zu bewerten ist, beendet werden.

Anders in Oberschlesien, wo es der Arbeiterschaft leider noch an der notwendigen gewerkschaftlichen Erfahrung fehlt. Die gutgläubigen ober-schlesischen Arbeiter fielen auf die kommunistischen Parolen herein. Die Gewerkschaften wurden einfach beiseite geschoben, und die von Moskau ausgeschalteten Agitatoren hatten freies Feld. Die getäuschten Arbeiter haben einen heroischen Kampf geführt. Bei jedem Kampfe hängt der Erfolg jedoch wesentlich von dem taktischen Geschick der Führung ab. Radauparolen helfen da gar nichts. Die ober-schlesischen Arbeiter müssen diese Erkenntnis jetzt leider mit einer schweren Niederlage bezahlen. Es wird Sache der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit sein, dafür zu sorgen, daß die ober-schlesischen Arbeiter aus dieser Niederlage die Konsequenzen ziehen und daß diese Niederlage nicht ein dauernder Triumph der Schwerindustrie wird.

Aber auch anderwärts muß über die gefährliche Unfähigkeit der kommunistischen Maulhelden Aufklärung verbreitet werden. Wo immer es den Kommunisten gelungen ist, die Arbeiter vor ihren Wagen zu spannen, haben es diese mit einer schweren Niederlage büßen müssen. Dagegen ist es den Gewerkschaften unter den widrigsten Umständen gelungen, auch gegen ein übermächtiges Scharfmachtum einen einmal unternommenen Kampf ehrenvoll zu Ende zu führen. Wir stellen zum Beweis nur gegenüber auf der einen Seite den von den Kommunisten geführten Kampf der Ludwigshafener Anilinarbeiter und den Streik in Oberschlesien, auf der anderen Seite den von den Gewerkschaften geführten Kampf auf den Seeschiffswerften und im Ruhrbergbau.

Bei solchen Kämpfen genügt es nicht, in den Versammlungen die große Klappe zu haben. Die Fähigkeit der Führung erweist sich am Verhandlungstisch, wenn mit den Argumenten und Zahlen der Unternehmer gerungen werden muß. Solche Kämpfe müssen im rechten Augenblick, mit dem die moralischen Gesichtspunkte abschöpfenden Gesicht geführt und auch im rechten Augenblick beendet werden. Dazu gehört aber ein großes Maß von Erfahrung und Kenntnisse, das durch radikal klingende Reden nicht ersetzt werden kann. Dazu ist aber auch notwendig, daß die Arbeiterschaft reflexlos gewerkschaftlich organisiert ist, den radikalen Versammlungsrednern gegenüber sich mit Mißtrauen wappnet und unbekümmert um alle Parolen die gewerkschaftliche Disziplin wahrt. Das gilt nicht allein gegenüber den Moskauer Demagogen, das gilt auch gegenüber den Unternehmern.

Wie soll der Arbeiter seine Freizeit nutzen?

Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter wird eine der Angelegenheiten sein, die auf der bevorstehenden sechsten Internationalen Arbeiterkonferenz zur Verhandlung kommen.

Es ist nicht etwa beabsichtigt, heißt es in den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamts, den Arbeitern Vorschriften zu erteilen, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen wollen. Aber es ist doch begrüßenswert, daß sich Sozialpolitiker aus aller Welt mit dieser Frage befaßen. Es gilt zum Beispiel, den Arbeitern den Genuß ihrer Freizeit zu sichern, indem Nebenbeschäftigung gegen Lohn vermieden wird. Um Gelegenheit zu sinnvoller Nutzung der Ruhestunden zu geben, muß auch eine Einteilung des Arbeitstages gewährleistet sein, die verhindert, daß die Arbeitszeit durch eingeschaltete Unterbrechungen sich auf einen zu langen Zeitraum erstreckt und damit die ununterbrochene Ruhe ungebührlich verkürzt wird. Ebenso hängt die Möglichkeit vernünftiger Verwendung der freien Zeit enge mit den Wohnverhältnissen der Arbeiter zusammen. Wenn das Wohnen in nicht dicht bebauten Vororten der Städte gefördert wird, so wird damit zugleich mehr Gelegenheit gegeben, die Freizeit zu arbeiten in Haus und Garten und zu Bewegung in frischer Luft zu nutzen, andererseits wird die Gelegenheit zum Betriebsbesuch vermindert, selbst wenn die Regelung dazu bestimmt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verlängerung der Ruhestunden keineswegs zu vermehrtem Betriebsbesuch führt. Im Gegenteil, es ist nachgewiesen worden, daß dort, wo der Arbeitstag verkürzt wurde, die Fälle von Trunkenheit abgenommen haben. Uebermäßiges Trinken ist häufig die Folge von Uebermüdung, denn der von der anhaltenden Anstrengung an langen Arbeitstagen ermüdete Arbeiter gerät in Gefahr, beim Verlassen der Arbeitsstätte im Betriebsbesuch Aufregung und Erholung zu suchen. In Frankreich wurde zum Beispiel festgestellt, daß die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit von den Arbeitern gewonnenen Stunden nicht dem Trunk gewidmet werden. Diesbezügliche Erklärungen des französischen Arbeitsministers stützen sich auf eine Erhebung über den Alkoholismus unter der arbeitenden Bevölkerung. Aus den gesammelten Unterlagen und aus den Erklärungen der Vertreter von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, von Sekretären von gewerblichen Schiedsgerichten und Vertretern anderer Institute geht deutlich hervor, daß die neue Regelung nicht nur keinerlei Vermehrung der Trunksucht hervorgerufen hat, sondern daß sie im Gegenteil eine der wichtigsten Ursachen für den durch die Statistik bezeugten deutschen Rückgang der Trunksucht gewesen ist.

Seit 1919 wurden in verschiedenen Staaten die Einrichtungen zur Nutzung der Freizeit ausgestaltet. Sowohl Behörden wie private Vereinigungen als auch Unternehmer und Arbeiter selbst haben manches in dieser Beziehung geleistet. Das Internationale Arbeitsamt sammelt die gewonnenen Erfahrungen und schafft damit die nötigen Unterlagen für die Verhandlungen der Konferenz.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Am 28. Mai war von dem tarifvertragslichen Reichsschiedsgericht ein Schiedsspruch gefällt worden, durch den die bisherigen Gehälter der Versicherungsangestellten für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1924 um 15 Proz. erhöht wurden. Dieser Schiedsspruch ist von unserem Verband und den anderen am Reichstarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden angenommen, vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen jedoch mit der Begründung, daß das Versicherungsgewerbe diese Mehrbelastung nicht tragen könne, abgelehnt worden. In Wirklichkeit dürfte es wenige Gewerbe geben, die eine gleich günstige Konjunktur aufweisen können wie zurzeit das Versicherungsgewerbe. Wir haben nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden, so stehen im Versicherungsgewerbe ernste Kämpfe bevor.

Ein Streik in der Luft spielt sich gegenwärtig in Portugal ab. In Lissabon streiken die Militärsieger. Aus ihren Flugzeugen werfen sie Flugblätter ab, in denen sie die Gründe, derentwegen sie streiken, auseinandersetzen. Die Flieger haben ihr Lager mit Maschinengewehren umgeben. Die Regierung hat beschossen, drei Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment gegen die Streikenden aufzubieten. Das heißt mit Kanonen nach Flugblättern schießen. Eine anständige Behandlung der Militärsieger würde zweifellos von besserer Wirkung sein.

Die Frankfurter Schwertransportarbeiter haben gestern früh die Arbeit niedergelegt.

Kämpfe, Betrieb Daimler, Motorenfabrik. Donnerstag nach Arbeitschluss trafen sich alle Parteigruppen bei Wäldgrube am Bahnhof. Der Fraktionsoberband.

Deutsche Kriegsopfer-Tagung.

Vom 6. bis 10. Juni fand in Dresden der 3. Bundestag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegerhinterbliebenen (Sitz Berlin) statt. Es waren rund 400 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen.

Zu Vorsitzenden des Bundestages mit gleichen Rechten wurden gewählt Reichstagsabg. Rohmann, Bundesvorsitzender Maroke und der Vorsitzende der Dresdener Ortsgruppe Max Richter. Am Sonnabend gab es einen Zwischenfall. Der Vertreter der „Koten-Jahne“ wurde wegen seiner Schreibweise, deren Tendenzen gleich der kommunistischen Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften auf eine Unterminierung der Einheitsfront der Kriegsopfer hinausläuft, von der Berichterstattung ausgeschlossen.

Dann erstattete der Bundesvorsitzende Maroke den Geschäftsbericht.

Der Berichterstatter beleuchtete zunächst die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich aus den Zeiten der Markentwertung für die Organisation ergeben haben und die nur durch weitgehende Organisations-einsparungen und unter erheblichen materiellen Opfern der an der Spitze der Bewegung stehenden Persönlichkeiten zu überwinden waren. In der schlimmsten Zeit mußte sogar das Erscheinen der Bundeszeitung eingestellt werden. Gegenwärtig befindet sich die Organisation aber überall wieder im Aufbau. Die Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen ist im ständigen Wachsen begriffen. Die Inflation wurde mit einem Mitgliederbestand von

rund 400 000 von der Organisation überwunden. Die Bundeszeitung erscheint wieder.

Die seit der Würzburger Tagung von der Bundeszentrale geleiteten Einigungsverhandlungen mit den verwandten Organisationen sind gescheitert — durch die Schuld der anderen Seite, der vor allem der ehrliche Wille zur Verständigung fehlte. Der Reichsbund hält nach wie vor an dem Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität fest. Selbst die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft, zu der man sich mit den anderen Organisationen vorübergehend zusammengeschlossen hatte, hat wegen der dabei gemachten Erfahrungen wieder aufgegeben werden müssen. Mit den Bruderorganisationen in Oesterreich, Ungarn, England, Italien und der Tschechoslowakei werden freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Auch mit der französischen Bruderorganisation ist neuerdings die Fühlungnahme aufgenommen worden. Man hofft auch hier bald zu einem innigeren Einvernehmen zu kommen. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß der Reichsbund trotz aller Stürme in seinen Grundfesten unerschütterlich feststeht.

Im Anschluß daran erstattete der Vorsitzende der Sozialpolitischen Abteilung, Kamerad Pfändner-Berlin, den Rechenschaftsbericht über die

Verforgung und Fürsorge für die Kriegsopfer.

Er betonte, daß der Umfang, Art und Maß der Kriegsopferfürsorge nicht nur bestimmt werden von der allgemeinen Sozialpolitik. Die Verpflichtungen, die im Wahlkampf von allen Seiten den Kriegsopfern gemacht worden seien, würden nichts als eitel Illusionen sein, wenn nicht die Gesetzgebung ihre Konsequenzen daraus zieht. Im Rahmen der heutigen Wirtschaft und Finanzkraft unseres Staates müsse die Steuergesetzgebung die Leistungsfähigkeit zu den allergrößten Opfern heranziehen. Vorteilhaft für die Kriegsopfer wäre es selbstverständlich auch, wenn sie anstatt durch sieben durch weniger, aber dafür stärkere Organisationen vertreten würden. Im Vordergrund der Fürsorgefähigkeit des Reichsbundes siehe das Rentenrecht. Bei der Aufstellung des Bedürftigkeitsprinzips seien die Vorschläge der Organisation unbeachtet geblieben. Abgelehnt werden müsse die Bevorzugung der Bedürftigen auf Kosten der übrigen Kriegsopfer. Ohne eine ausreichende Kriegsopferfürsorge sei ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht denkbar. Unbedingt notwendig sei die Fernhaltung der Kriegsopfer von der Armenfürsorge. Das Unrecht, das mit der Abfindungssumme an vielen Kriegsopfern begangen worden sei, müsse wiedergutmacht werden. Neuerdings plane man sogar die Befreiung des Reichsversorgungsgesetzes. Die entsprechenden Gegenmaßnahmen seien im Einvernehmen mit dem LDB, angeleitet worden.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit einem Referat des Kameraden Schönwald-Königsberg über den

gegenwärtigen Stand der Verforgung und Fürsorge

eingeleitet. Die bestehende Gesetzgebung sei infolge der sprunghaften Entwicklung der Wirtschaft für unsere moderne Zeit als längst überholt zu bezeichnen. Die Reichsregierung müsse sich zwangsläufig der Entwicklung anpassen, weil sonst ungeheure Gefahren für das Staatswesen heraufbeschworen werden. Im ganzen Reich erfolgten jetzt Nachuntersuchungen der Kriegsbeschädigten, obwohl bei dem größten Teil eine wesentliche Veränderung des Gesundheitszustandes überhaupt nicht in Frage komme. Selbst wenn aber bei einem kleinen Teil der Kriegsopfer die Rente um ein paar Prozente vermindert werde, würden die dadurch eingesparten Renten mehr als aufgezehrt werden durch den höheren Aufwand an Verwaltungskosten. Unbedingt reformbedürftig seien auch die Bestimmungen über die Elternrente. Unsere Gesetzgebung müsse ausgebaut und vervollständigt werden im Interesse der deutschen Volkswirtschaft. Die Verforgung der Kriegsopfer dürfe nicht allein auf Geldentschädigung aufgebaut werden, vielmehr komme in erster Linie die Arbeitsfürsorge in Betracht. England kenne einen Unterschied zwischen Schwer- und Leichtbeschädigten überhaupt nicht. Dort hätten sich auch die Arbeitgeber freiwillig zur Einstellung von Kriegsbeschädigten in Höhe von 5 Proz. des Personals ihrer Betriebe bereit erklärt. Bei uns sei der Prozentfuß zwar gesetzlich geregelt, aber ein großer Teil der Arbeitgeber laufe sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Große Gefahr bestehe, daß die Bestimmung über die Arbeitspflicht von den nachgeordneten Behörden zu einem Druck (Entziehung der Zulassungen) auf den Kriegsbeschädigten zur Arbeitsannahme benützt werde. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß die Reichsregierung auf die Psyche der Kriegsbeschädigten zu wenig Rücksicht nehme.

Über 200 Anträge

lagen zu dem Fürsorgeproblem vor, die mit dem Geschäftsbericht und den beiden Referaten zur gemeinsamen Aussprache gestellt wurden. In dieser ergriff auch Ministerialrat Keelchen eine vom Reichsarbeitsministerium das Wort zu Ausführungen über die finanziellen Auswirkungen der Kriegsopferfürsorge. Danach erfordert die Rentenverforgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen jährlich 710 Goldmillionen, nämlich 447 für Renten und 263 für Zuschüssen. Ein Drittel des gesamten Reichsetats wird lediglich für die Kriegsopfer ausgegeben. Daraus könne man ersehen, welche Schwierigkeiten für die Regierung bei einer allgemeinen Rentenerhöhung auch von nur 10 Proz. entsteht, so klein auch für den einzelnen die Rente sein möge. Die Elternrente gehöre zu den schwierigsten Kapiteln der Gesetzgebung. Bei Erlaß der Verordnung über die Fürsorgepflicht habe keine Organisation die Hand im Spiel gehabt. Sie sei eine Folge des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern. Daß der Übergang zu den neuen Bestimmungen nicht immer reibungslos vor sich gehen würde, war vorauszusetzen. Das Schwerbeschädigtengesetz verdiene den Vorzug gegenüber der Regelung in anderen Ländern. Schließlich richtete der Regierungsvorredner noch die Abbaumassnahmen auf dem Gebiete der Kriegsopferverforgung, insbesondere auch im Spruchverfahren. An eine Aufhebung des Reichsversorgungsgesetzes würde gegenwärtig nicht gedacht.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Entenbusch; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ertzen; Redaktion: Dr. John Schilowski, Dolores und Constance; Reis: Karl Kahl; Anzeigen: H. Wiese; Druck: Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2, Tiergarten 2, Berlin.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfäden)
 auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte **San-Rat Dr. Strahl's Haussalbe**. In Original-Dosen erhält **Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl.**
Sophien-Säle Telefon: Norden 9296
Säle frei! Sophienstr. 18

Die Qualitätsverhaltung fordert eine kleine Preiserhöhung!
WENESTI FERVOR
 Stück 0 8

Prinz-Albrecht-Str. 5.

Aus der Geschichte des preussischen Landtages. — Vom Junterparlament zur Volksvertretung.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei beginnt heute in Berlin in den Räumen des Preussischen Abgeordnetenhauses in der Prinz-Albrecht-Straße. Der gewaltige Steinbau mit seinen vielen Sälen, seinem großen Treppenhause, der breiten, vielstiegrigen Front und den überlebensgroßen Puppen auf dem Dach, von denen niemand weiß, wen sie vorstellen und was sie symbolisieren sollen, war noch 1909, in einem Jahr, in dem die Sozialdemokratie die zweitgrößte Zahl von Wählern hatte, der Sozialdemokratischen Partei und sozialistischen Abgeordneten verschlossen. Jetzt wird in diesem Haus, dessen Präsident ein Sozialdemokrat ist, unser Parteitag abgehalten. Beinahe könnte man in dieser Tatsache so etwas wie einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit erblicken.

Vom Dönhoffplatz zur Prinz-Albrecht-Straße.

Das Preussische Abgeordnetenhaus, durch lange Jahrzehnte der Typ eines Junter- und Minderparlaments, die klassische Stätte des Wahlrechts, an der die auf Grund des ständischen aller Wahlsysteme gewählten Abgeordneten saßen, hat im Jahre 1849 eine provisorische Unterkunft im alten Hardenbergischen Palais am Dönhoffplatz gefunden. Dieses Provisorium dauerte freilich sehr lange. Schließlich aber mußte man den dort herrschenden ganz unhaltbaren räumlichen Zuständen ein Ende machen. Der Sitzungsraum war eng und ohne genügende Ventilation, die einzelnen Beratungszimmer waren klein und dunkel, und für die Vertreter der Presse war eigentlich überhaupt keine Sorge getragen. Es war das bezeichnend genug für die Grafen, Barone und Agrarier, die in diesem Haus saßen. Man kümmerte sich nicht um die „Pressebenzene“, um dieses notwendige Hebel, um jene Menschen, die „den Beruf verstehen“ und so unerschrocken waren, alle faulen und feigen Machenschaften der Reaktionsräuber schonungslos aufzudeckeln. Ende der 1880er Jahre endlich wurde beschlossen, in der Prinz-Albrecht-Straße auf dem Terrain der Porzellanmanufaktur und des Herrenhauses ein neues Geschäftsgebäude für das Abgeordnetenhaus zu errichten. Mit der Erbauung wurde von der Staatsregierung der Baurat Friedrich Schütze beauftragt, der im Herbst 1898 mit dem Bau begann und ihn so förderte, daß das Haus am 16. Januar 1899 beim Zusammentritt zur 19. Legislaturperiode der Benutzung übergeben werden konnte. Wenn auch vielleicht nach vielen Richtungen zu viel Pomp und Prunk, wie ihn die Herren Bürgerlichen so liebten, entfaltete worden ist, wenn wir auch nicht verstehen können, warum der Präsident des Hauses einen großen Festsaal mit grünen Stuckmarmorplätzen und Stoffsophasen haben muß, im großen und ganzen muß gesagt werden, daß der Bau allen modernen Anforderungen Rechnung trägt, für Luft und Licht in allen Räumen und Sälen sorgt und auch auf die Bedürfnisse der Presse gebührend Rücksicht nimmt. Die „hohen Herren“ fühlen sich dann auch sehr wohl in dem neuen Haus, in dem man nicht nur wohnt und berät, sondern auch allerhand Bäder nehmen und die Haare vom Friseur kunstvoll kräuseln lassen konnte. Eine derartige Beschäftigung war übrigens manchem der damaligen Abgeordneten entschieden wichtiger als die langweiligen Sitzungen, bei denen man nicht immer unbeobachtet und ungestört schlafen konnte. Man hatte es schon im Hause, aber man wollte es immer noch schöner haben. So wurden noch hier und da Gemälde angebracht, in den Erfrischungsräumen und im großen Sitzungssaal mußten neue Fahrstühle eingebaut werden und was dergleichen lebenswichtige Dinge mehr waren. In dessen man war immer noch nicht zufrieden. Die Sessionen dehnten sich allmählich lange und bis in den Sommer hinein aus und man wuschte sich einen Garten. Vertrauensvoll wählte man sich an das Herrenhaus, das ja bekanntlich mit der Front an der Leipziger Straße an das Abgeordnetenhaus angebaut wurde, und baute den schönen Garten der Herrenhäuser benutzen zu dürfen. Indessen man hatte sich sehr geirrt, wenn man glaubte, dieser Wunsch würde ohne weiteres in Erfüllung gehen. Die Herrenhäuser waren eben noch feinere Leute als die im Abgeordnetenhaus. Sie wollten nicht, daß so einfach die Schützen und Kräfte und Mäuler aus dem Abgeordnetenhaus — und freimüßig waren diese Sorte außerdem

noch — in ihrem Garten promenierte. Sie lehnten also ab mit der wunderbaren Begründung: wenn der Garten des Herrenhauses auch für die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses zur Benutzung freigegeben wird, dann muß er einen Zugang haben von der Straße, und dann könnten Hunde in den Garten laufen. Das aber wäre ein unwürdiger Zustand! Ach ja, die Herren Volksvertreter — Verzeihung für den Mißbrauch dieses Wortes — von damals verstanden es ganz ausgezeichnet, mit überaus wichtigen Beratungen die Zeit zu verdrödeln. Doch die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses waren startklöpfig. Sie wollten einen Garten um jeden Preis, und so ließen sie sich einen Dachgarten auf dem Dach des Abgeordnetenhauses anlegen, wo sie nach der Anstrengung im Sitzungssaal Bowle und andere erfrischende Getränke zu sich nehmen konnten.

Die Abgeordneten des Dreiklassenparlaments.

Es ging überhaupt außerordentlich gemütlich zu in dem Abgeordnetenhaus von damals. Am Dönhoffplatz präsierte der alte Köllner. Er hielt vor allem darauf, daß die Sitzungen sich nicht zu lange ausdehnten. Ein Vertragungsantrag lag stets in seiner Schublade, und wenn die Uhr drei geschlagen hatte, stand er auf und verkündete würdevoll: „Es ist der Schluß der Debatte beantragt worden!“ Der Vertragungsantrag wurde immer angenommen. Wenn aber wirklich einmal ein Abgeordneter von einer sogenannten Oppositionspartei noch nach drei Uhr reden wollte, dann meinte Herr von Köllner, jovial, wie er schon war: „Herr Abgeordneter, Sie wollen doch nicht etwa noch sprechen?“ Und der Herr Abgeordnete verstand den Wink und schweigend gehorcht. Hier in dem Haus am Dönhoffplatz war es auch, wo der damalige Präsident, als der Abgeordnete von Kochow den Polizeipräsidenten von Hüntelberg im Duell erschossen hatte, die klassischen Worte sprach: „Unser edler Herr von Kochow hat heute den Berliner Polizeipräsidenten erschossen. Ich kann dem hohen Haus aber die beruhigende Mitteilung machen, daß unser guter Kochow sich bereits in England in Sicherheit befindet.“ Nach Herrn von Köllner war lange Jahre Jordan von Kröcher Präsident des Abgeordnetenhauses. Auch er war durchaus für Ruhe, er liebte aufregende Szenen nicht, wie sie damals ab und zu der polnische Abg. Koszantj aufführte, und wenn die bergisch bedeutungslosen Wellen einer Debatte auf niedrigstem Niveau gemächlich und gemütlich dahinspazierten, machte er wohl ein Nickerchen auf dem großen und breiten Präsidentensitz. Ein Unglück konnte nicht passieren, denn neben ihm saß, wartend und machend, der Herr Bureauvorsteher.

Das Preussische Abgeordnetenhaus vor dem Jahre 1908 zählte 433 Mitglieder. Die Zusammenlegung des Hauses bildete gleichzeitig die schärfste Verurteilung des Dreiklassenwahlrechts. Das Haus zählte nämlich zu Mitgliedern: 44 Verwaltungsbeamte, 48 höhere Justizbeamte, 31 sonstige Beamte, 7 Offiziere a. D., 19 Lehrer und Professoren, 20 Geistliche, 26 Rechtsanwälte, 4 Ärzte, 10 Privatbeamte, 6 Schriftsteller, 113 Großgrundbesitzer, 48 Landwirte, 10 Kaufleute, 17 Industrielle, 6 Handwerker, 29 Kenner, 5 sonstige Berufe und — 2 Arbeiter. Doch ein so zusammengesetztes Parlament kein Recht hatte, sich eine Volksvertretung zu nennen, liegt auf der Hand.

Die neue Zeit.

Aber dann begannen die erbittertesten Wahlrechtskämpfe unserer Partei. Den Herren im Preussischen Parlament wurde es unbehaglich zu Mutte, als sie 1908 im Januar die großen sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen vor dem Abgeordnetenhaus sahen. Bekanntlich blieb es nicht bei den Demonstrationen. Unsere Worte wurden zu Taten. 1908 zogen die ersten sechs sozialdemokratischen Abgeordneten in das Haus in der Prinz-Albrecht-Straße. (Bergmann, Heimann, Hirsch, Reinert, Dr. Viehnecht und Ströbel.) Nun war es aus mit der behaglichen Ruhe und dem Nickerchen des Herrn von Kröcher. Jetzt kam „Leben in die Bude“. Unsere Genossen erinnerten sich alle noch der Kämpfe, die unsere ersten Abgeordneten im Preussischen Haus zu bestehen hatten, der Widerstände, die sie überwinden mußten, der großen Auftritte und turbulenten Szenen.

Heute zählt das Abgeordnetenhaus 134 Sozialdemokraten, und unser Genosse Reinert, der zu den ersten sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gehörte, ist der Präsident des Abgeordnetenhauses. Unser Parteitag aber, der im Abgeordnetenhaus tagt, wird dafür Sorge tragen, daß echt demokratischer Geist und demokratische Bestimmung in Preußen immer weiter festen Fuß fassen und sein Echo im Abgeordnetenhaus finden.

Wer war der Dieb?

Als die jungen Mädchen mit den übrigen 15 glücklich das Coupe gefüllt, und sich vergewissert hatten, daß schon sechs auf einer Bank saßen, bei denen alle vorwurfsvoll Blicke zum Plagmachen fruchtlos an Zeitungen abprallten, entdeckte eines von ihnen, daß es sein Portemonnaie verloren hatte. Sein kleines braunes Portemonnaie.

Das braune Portemonnaie fand sich nicht. Das Fräulein suchte draußen, denn der Zug hielt noch. Es wollte mit dem nächsten fahren. Da rief ein mächtiger Herr in Blau: Fräulein, steigen Sie nur ein, der Dame neben mir ist auch das Portemonnaie gestohlen worden. Der Zug fuhr, das Fräulein stieg ein. Man überlegte sich, was war geschehen? Was wollte der mächtige Herr sagen? Doch wohl nichts anderes als: Sie geben sich vergebliche Mühe, mein Fräulein, Ihr braunes Portemonnaie zu suchen, Sie haben es nicht verloren, es ist Ihnen ebenso gestohlen worden, wie es der Dame neben mir. Das möchte der mächtige Herr gedacht haben und dann weiter: Da Sie Ihr Portemonnaie noch draußen fühlten, so kann es nur einer von den 15 gewesen sein, der das Gedränge des Einsteigens benutzte. Steigen Sie nur ein, mein Fräulein, so sind Sie Ihrem Portemonnaie wenigstens näher, als wenn Sie zurückbleiben, wenn es sich auch in einer anderen Tasche befindet, als in der Ihrigen. Also in der Tasche eines der 15?

Es war ein Verdacht. Nicht ausgesprochen, aber so klar auf der Hand, so einfach darauf zu kommen, nichts selbsterleuchtender. Wer mag es, daran zu zweifeln? Einer von den 15, die sich dicht gedrängt aneinander stießen — wer? Auf jedem lastete gleichmäßig ein Fünftelteil des Verdachts. Alle trugen zu gleichen Teilen daran.

Die beiden Fräulein, die sich im Beid gefunden, liebten wie junge Hühner in einer Ecke und tauschten ihre Räte, versicherten sich gegenseitig mit hundert Wiederholungen jede Sekunde des Einsteigens, wobei sich herausstellte, daß keine seltsamerweise etwas gemerkt, oder doch: „Mir war so, als ob — — —“ Alles sprach aneinander vorbei, denn sie waren so wohlgezogen, nicht auszubilden, was sie dachten, etwa: Du in dem grünen Anzug dort, ich sehe wohl, daß deine Hand etwas trampfhaft in der Tasche hält. Ich sehe wohl, daß du dich bemüht, den Blicken der anderen auszuweichen und draußen die öden Häuser anstarrst. Oder du, was zeichnet sich dort verhängnisvoll in deiner Tasche ab? Ist es nicht deutlich die Form eines länglichen Damenportemonnaies? Oder du, was scharrst du mit der nervösen Bewegung deines rechten Fußes ein etwas in den Winkel? Ein etwas, das man nicht sehen kann, aber — — —“ Es war ein so wohlgezogenes Coupé und doch hätte man sich einer auf die Wohlgezogenheit gepfiffen, wenn jemand es laut ausgedrückt hätte: Meine Herrschaften, von uns 15 ist einer der Dieb.

Der Zug rüttelte sich weiter, durchschlug ein paar Weichen und hielt. Drei stiegen aus. Es konnte einer von den dreien sein. Es konnte, aber es mußte nicht. Raffinierte Diebe werden unter so glücklichen Umständen ruhig dorthin fahren, wohin sie wollen. Der Zug fuhr weiter. Aber der Zug hielt wieder und entließ sieben. Und er hielt noch einmal. Es stiegen drei aus, so daß zwei zurückblieben, und zwar das bestohlene Fräulein Nr. 2 und der mächtige Herr in Blau. War noch ein Verdacht vorhanden? Der mächtige Herr sprach es aus: Wer war es nun? „Niemand“, versetzte das Fräulein. „Ich verdächtige niemanden, man muß das nächstemal seine Sachen besser hüten.“

„Ich empfehle mich“, sagte der Herr, denn der Zug hielt. Das Fräulein fuhr noch ein Stück weiter, sah fromm in der Ecke und als der Zug wieder hielt, stieg es aus, suchte sein angeblich verlorenes Portemonnaie hervor, entnahm ihm die Karte und dachte fröhlich: Wie gut, daß ich mich getäuscht habe.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

„Gassen, sehr eng, sehr hoch, am Berg hinauffletternd, voll, voll von Menschen! Menschen über- und untereinander, viel, viel mehr noch als hier!“

„Und Frauen?“ rief der dicke Delhändler begeistert. Niemand hätte ihm diesen Ausdruck zugemutet, am wenigsten seine eigene Frau, die breit auf einem niedrigen Schemel saß und ihr Jüngstes an der Brust hielt.

„Frauen?“ Renzos Augen blühten, er warf Fiametta einen lachenden Blick zu, „nicht schöner als hier!“

Man rief, klatschte in die Hände. „Nicht schöner als hier, nicht schöner!“ Alle freuten sich.

„Und was ist mit dem Besuo?“ fragte Frau Bruscoli, die die Aufmerksamkeit von ihrer Tochter ablenken wollte.

„Der Besuo?“ Das Gesicht des jungen Burschen wurde ernst.

„O nein, der Besuo ist kein Aetna.“ Er hob beide Hände empor, die Flächen wie beschwörend seinen Zuhörern zugewandt. „Der Aetna, dieser Gewaltige, dieser Riesel-Schneebedeckt, hoch, breit, unerforschlich!“ Er sah sich selbst im antiken Theater zu Taormina sitzen, das Antlitz dem Aetna zugewandt, tief unten zu seinen Füßen den wundervollen Bogen des arünlauen, in weiße Girklanden und Spitzen auslaufenden Meeres.

Der Aetna, die Liebe seiner Knabenjahre! „O nein, wir haben den Aetna!“ rief er tönend, so daß es an den Wänden des Palazzos hinauffhallte, „und wir haben den Duft viel süßerer Blumen, den Duft der endlosen Orangen- und Limonenhaine, das haben wir, wir in Palermo — das Grün, die Wiesen — Sonne!“ — Als ob diese Sonne nur über Palermo scheitern könnte.

Und wiederum berauschten sich all diese Sonnenkinder am Wort.

Es war nun ausgemacht und jedermanns Entzücken, daß dennoch nichts Siziliens und Palermos Schönheit erreichen könnte.

Sie trennten sich, schüttelten einander die Hände, als nähmen sie Abschied auf lange Zeit, ja, der junge Falconi umarmte und küßte Renzo, als sei er von dieser Stunde ab auf ewig mit ihm verbunden.

Dann trat er zu seinem Esel, der die Augen in einem müßigen Halbchlaf geschlossen hatte.

Wie all die unzähligen Esel Palermos, war er köstlich aufgeschirrt. Rotes Leder, über und über mit glitzernden Münzen benäht, ein Joch mit langen Behängen, auf denen kleine Spiegel blühten. Oben auf diesem Joch und auf dem Kopf des Esels ein bunter, hoher Federschmuck, so wie Fiametta sie für einen der vielen Händler anfertigte.

Doch was wollte diese Pracht neben der des Karrens sagen!

Die ganze Geschichte Palermos und Siziliens und die seiner Heiligen fährt täglich, auf blaue, rote, grüne, gelbe Karren gemalt, durch die Straßen. Bunte Szenen bedecken jede größere Fläche. Selbst die Deichseln, die Räder, vorspringende Knöpfe, alles ist über und über bemalt.

Soll da ein Palermoer Esel kein stolzes Tier werden? Wer in der Welt zieht sonst diese bunten Historien! Und Esel gibt es, alt und ehrbar, dabei nicht größer als ein ansehnlicher Hund — und andere, so rund, prall und stattlich, daß ein rechter Kavaller, wie der junge Falconi, sich nicht zu scheuen braucht, ihn durch lange, volkreiche Via Maqueda zu lenken, dicht neben den eleganten Karossen der Robilli vorüber oder unter die Schatten der hohen Palmen, die das Theater umgeben.

„Haben sie dies da?“ ruft er zu Renzo zurück, der auf der Lichtante sitzt und den Ruhm einer glücklichen Heimkehr genießt.

„Nein, das haben sie nicht!“ tönt es stolz zurück, und jeder weiß, daß er Palermos bunte Eselgelpanne meint.

2.

Renzo Adriani hatte die Freude an seiner Arbeit verloren. Was er auch vollbrachte und ob der alte Gagini noch so wohlwollend knurrte, nichts gefiel ihm. Früher war seine jugendliche Eitelkeit um alles herumgetänzelt, früher hatte ihn das begeisterte Lob des ganzen Palazzos entzückt und angeheitelt — das war vorüber. Er war in Neapel gewesen. Aus den Fluten der hohen Kunst, die ihn dort emporgetragen, hatte er sich nicht so stolz und heiter gerettet, wie aus den Kapriolen des alten Seglers.

Vor allem konnte er jene Venus nicht vergessen. Doch er sprach niemals davon.

Er war von dem Gedanken an sie erfüllt wie von einer großen Liebe.

Er sah sie vor sich stehen, das hinabgleitende, im Winde gebauschte Gewand mit der linken Hand leicht zusammenfassend, den schlanken und doch vollen Körper vom Dufte des Meeres umflöt.

Die rechte Hand mußte die Brust halb bedeckt haben. Sie fehlte. Kurz über dem Ellbogen war der schön gerundete Arm abgebrochen.

Gewiß war der Arm, diese Hand, ein Meisterwerk gewesen, doch was war das gegen den fehlenden Kopf!

Der Hals zeigte eine kleine Wendung nach links — oder hatte es ihm nur so geschienen?

Wie mochte es sein, wenn dieses herrliche Geschöpf den Kopf leicht gefenkt hielt, von der eigenen Schönheit berauscht? — wie, wenn das Antlitz dem Beschauer zugewandt war, im gelassenen Bewußtsein sieghafter, ewiger Macht? — und wie, wenn es kühl und heiter zur Seite blickte?

Niemals konnte die Venus von Syrakus eine Beziehung zu irgend etwas haben, das nicht in ihr selbst ruhte.

Es war nicht auszudenken, daß seine Geliebte aus Stein auf der Fontana Pretoria in Palermo gestanden hätte, zwischen anderen Frauen- und Männergestalten, zwischen grinsenden Faunen und wasserpeinenden Tieren.

Sie konnte nur einsam sein, kühl und weich, stolz und zärtlich — doch allein.

Wenn er sie nur einmal lange und ungestört betrachten könnte, sie selbst, nicht nur ihr Abbild! Die Göttin würde ihm eingeben, wie er ihren Kopf gestalten müßte. Und wenn ihm das gelang, dieses eine, was in ihm brannte, dann öffnete sich ein Born, dann würde ein starker, klarer Duell alle Hemmungen hinwegspülen, dann durchpflügte ihn das Gefühl für wahre Kunst, wie sein warmes Blut den Körper, dann war er so tief gesegnet, daß Hand und Auge für Minderwertiges verstanden blieben. —

Niemand von seinen Genossen sah, daß Renzo etwas erfüllte, was ihn von dem täglichen Geplänkel der Liebelei und den Aufgaben des alten Bildhauers fortzog, nur Gagini selbst fühlte die Wandlung — ein Fremdsein.

Die ersten Tage nach der neapolitanischen Reise, das war nur ein Feuerwerk gewesen; jetzt, im Lichte langer Alltagswochen, sah der Meister einen grüblerischen und zugleich lehnfüßigen Zug im Gesicht des früher so übermühtigen Burschen. Was in aller Welt konnte es sein?

Doch nicht Fiametta?

Die kam in Renzos eigenen kleinen Arbeitsraum wie die Schwalbe in ihr Nest. Viel zu oft kam sie. Man sollte den Renzo allein lassen mit dem, was er in aller Stille schaffen wollte. Aus und ein! Ein und aus! Ein wenig blaß, wenn sie kam, mit geröteten Wangen und blanken Augen, wenn sie ging. So war die kleine Fiametta.

(Fortsetzung folgt.)

Pfingsten der Arbeiterjugend.

Die Einweihung des Landheims am Quenzsee.

Ostern 1923 wurde das Landheim am Quenzsee provisorisch eröffnet. Den Bau, den alten sowohl wie den neuen, haben wir bereits vor kurzem ausführlich beschrieben. Bleibt noch zu erwähnen, daß die damals statt einsetzende Inflationsperiode eine Ausgestaltung und durchaus notwendige Vergrößerung des Heims verhinderte. Doch ließen unsere Genossen den Mut nicht sinken. Etappenweise ging es weiter. Die Stadträtin, Genossin Wenzl, vom Berliner Jugendamt sorgte für Schlafdecken, während der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, mit Hilfe der Auslandspenden, Mittel zur Beschaffung von Bettwäsche aufbrachte. Erst lange nach der Inflation, Ende April, Anfang Mai 1924 konnte der Neubau von der Sozialen Baugenossenschaft „Grundheim“ in Angriff genommen werden. Und man muß sagen, daß unsere Bauhandwerker unter Leitung von Baumeister Seglitz in fünf Wochen ein gutes Stück Arbeit geleistet haben. Ohne eine Miene zu verziehen, „schoben“ sie Lieberstunden (ohne Aufschlag), um der Berliner und Brandenburgischen Arbeiterjugend die Einweihung des Heims, die zu Pfingsten vor sich ging, möglich zu machen.

Am Pfingstsonnabend zogen nun die Burschen und Mädels in Massen nach Brandenburg. Im Volkshaus „lagte“ die Quartierkommission bis nachts 1 Uhr, um auch dem letzten Teilnehmer des Bezirksjugendtages ein Quartier zu verschaffen. Am ersten Feiertag war der Garten des Volkshauses dicht besetzt. In einer Festansprache erinnerte der Stadtrat, Genosse Dittmer, Berlin, an die vergangenen schweren Zeiten des Krieges, der einen Kampf geboren hat gegen den Krieg und Völkerverhaß, gegen das monarchistische System. Die Jugend steht in diesem Kampf an erster Stelle. Sie ist dazu berufen, die aufs neue uns drohenden Gefahren abzuwenden. Stärkste Abwehr heißt jetzt das Gebot der Stunde. Doch nicht auf Grund einer machtpolitischen Gewalt wollen wir den Kampf führen. Schmieden wir die Waffen des Geistes, pflegen wir weiter den Gemeinschaftsgedanken und tragen zur Einheit der Arbeiterschaft bei, dann wird es vorwärts gehen. Am Schluß seiner Ausführungen gedachte der Redner noch der Erfolge der Arbeiterschaft in England, Frankreich, Dänemark und Finnland. — In den Mittagsstunden ging es dann zum Landheim. Schon von weitem grüßt hier die rote und schwarzrotgoldene Fahne, die lustig im Winde flattert. Jeder Raum weist einen farbenfrohen Anstrich auf. Man merkt, daß unsere Kameradschaft Brandenburgs, die sich jetzt unter der Firma Uhlert u. Schwanndt selbstständig gemacht haben, bemüht waren, etwas Freundliches zu schaffen. Doch nicht nur für den Ferienaufenthalt ist das Heim bestimmt, wie der Jugendsekretär Genosse Walter Rüdiger, Berlin, in seiner Ansprache hervorhob, sondern es sollen hier auch Kurse abgehalten werden, die dem allgemeinen Wissen dienen. Nach den Ansprachen der behördlichen Vertreter, der Gewerkschaften und der Partei wurde das Heim offiziell seinem Zweck übergeben.

Völkische Strolche.

Wann wird das Restaurant „Wilhelma“ geschlossen?

Die Zustände in dem Dorado der Völkischen, dem Restaurant „Wilhelma“ an der Ecke Kurfürstendamm und Kankestraße, scheinen sich jetzt, wie aus zahlreichen Zuschriften an uns hervorgeht, in einem Grade bedrohlich zu entwickeln, daß ein energisches Eingreifen der Polizei geboten erscheint. Das beweist auch die folgende Schilderung, die uns aus Lesertreffen zugeht.

Am 1. Pfingstfeiertag abends besuchte ich mit einem Herrn das Restaurant „Wilhelma“ am Kurfürstendamm. Bei einem Glas Bier hörten wir der Militärkapelle zu. Das Publikum dort diktiert jedem harmlosen Gast unter Gewalteinwirkung, wie er sich der dort herrschenden Stimmung anzupassen hat. Die Geschäftsleitung steht diesem Treiben ohnmächtig zu. Bei der Unterhaltung überhörten wir aber bald die Musik und achteten auch nicht weiter darauf, daß sich die Gäste von ihren Plätzen erhoben. Der mir bekannte Herr war gerade im Begriff, sich eine Zigarette anzuzünden, wozu er aber gar nicht kam, denn er wurde gepackt, so daß er taumelte, der Garderobenständer umfiel und die Gläser vom Tisch stürzten. Die Gäste im ganzen Saal waren mit einemmal um uns verammelt, stießen den Herrn nach dem Ausgang zu, schlugen ihm den Hut vom Kopfe und schrien: Der Kerl muß rausgehen! Die Gäste im ganzen Saal waren mit einemmal um uns verammelt, stießen den Herrn nach dem Ausgang zu, schlugen ihm den Hut vom Kopfe und schrien: Der Kerl muß rausgehen! Die Gäste im ganzen Saal waren mit einemmal um uns verammelt, stießen den Herrn nach dem Ausgang zu, schlugen ihm den Hut vom Kopfe und schrien: Der Kerl muß rausgehen!

Soweit die Zukunft. Wie lange wird die langmüde Berliner Polizei wohl diesem Treiben noch zuschauen wollen? Wie lange wird eine Kapelle der republikanischen Reichswehr wohl noch den Saboteuren der Republik zum lauten Ergötzen aufspielen dürfen? Wie lange noch wird der deutsche Bürger dem Terror der völkischen Strolche ungeschädigt ausgeliefert sein?

„Erledigung“ des Falles Koch?

Gegen den Berliner Lehrer Adolf Koch, dessen Körperkulturbestrebungen vor einigen Monaten den Deutschnationalen einen erwünschten Anlaß boten, ihre gegen Stadtschulrat Paulsen betriebene Hege durch eine „Sensation“ zu beleben, wird jetzt in eigenartiger Weise vorgegangen. Man hatte Koch damals die Ausübung seiner Amtstätigkeit bis auf weiteres unterlagert, aber das Disziplinarverfahren ließ auf sich warten, und auch durch Anfragen und Mahnungen konnte Koch nicht erreichen, daß seine Sache beschleunigt wurde. Als ihm vom Mai ab aus nicht klarem Grunde das Gehalt entzogen wurde, das die Stadt bis dahin weitergezahlt hatte, mußte ihm vollends daran liegen, daß es zu einer baldigen Entscheidung kam. Gegen Ende Mai war das Provinzialschulkollegium endlich so weit, sich zu der Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens zu entschließen, d. h. zur Anstellung einer amtlichen Voruntersuchung, nach der dann gegebenenfalls das Hauptverfahren hätte eröffnet werden können. Koch und die Freunde der von ihm vertretenen Körperkultur begrüßten das mit Genehmigung, weil nun die Staatsbehörde zu diesem Problem hätte Stellung nehmen müssen. Plötzlich aber erhielt Lehrer Koch am 30. Mai von der städtischen Schulbehörde die vom 27. Mai datierte Mitteilung, daß auf Grund der Personalabbauplanung seine Entlassung aus dem Schuldienst der Stadt beabsichtigt sei und er sich bis zum 30. Mai dazu äußern könne. Selbstverständlich war in diesem Augenblick eine solche Äußerung nicht mehr möglich, da er ja das Schreiben erst bei Ablauf der Frist erhalten hatte. An demselben Tage ging ihm aber schon die Nachricht zu, daß er mit Rücksicht auf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens fristlos entlassen worden sei. Koch hat gegen diese Art, seine Sache zu erledigen, Einspruch erhoben. Weid ist bei seiner Entlassung, so ist damit auch das Disziplinarverfahren überflüssig. Die Staatsbehörde wird dann der Notwendigkeit entsprochen, ihre Stellungnahme zu der Körperkulturfrage bekanntzugeben. Die Freunde der Körperkultur haben freilich nicht Lust, sich mit dieser „Lösung“ zufrieden zu geben.

Weisensee. Die „Vorwärts“-Ausgabestelle befindet sich jetzt Langhansstr. 52 im Baden.

Schwerbeschädigte als Arbeitnehmer.

Die Auswirkung der Einstellungsfrist in Groß-Berlin.

Während des Krieges und längere Zeit nachher bereitete das Problem, die Kriegsverletzten, insbesondere die Schwerbeschädigten ins Wirtschaftsleben wieder einzugliedern, den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden große Sorgen. Besonders für Groß-Berlin erschien es nahezu unmöglich, diese kommunal- und sozialpolitisch äußerst wichtige Frage zu bewältigen. Das hierzu erlassene Reichsgesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, nach dem jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, zur Vermeidung von Zwangseinstellungen 2 Proz. seiner Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten aus freier Entschlieung zu besetzen, schien gegenüber den Massen Schwerbeschädigter in Groß-Berlin nicht auszureichen. Inwieweit dennoch

Achtung! Genossinnen! Achtung! Unterhaltungsabend der „Frauenwelt“

Montag, 16. Juni, abends 6 Uhr (Saalöffnung 5 Uhr), in der „Neuen Welt“, Neußän, Hagenheide
Auserwählt gutes Programm

künstlerische Leitung: Prof. Roseberg d'Arguto • Mitwirkende: Gesangsgemeinschaft Roseberg d'Arguto. Solisten: Wanda Sallé, Käthe Lindenberg und Herr A. Meier • Rezitationen: Marie Vorhardt, Mitglied der Schaubühne • Ansprachen ausländischer Genossen, die anlässlich des Parteitag in Berlin anwesend sind

Die zum Eintritt berechtigten Programme sind ab Donnerstag, 12. Juni, vorm. bei allen Kreisleiterinnen und im Frauensekretariat Lindenstr. 8, 2. Hof 2 L. Nr. 1, für 25 Pf. zu haben. Alle Progr. müssen abgeleitet werden. Einmaliger Ueberschuß zum Besten der Erholungsfürsorge.

Die Durchführung des Befehles geschuldet ist, ergeben nachfolgende Zahlen der Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte Berlin. Gegenüber ca. 1500 Arbeitgebern bzw. Betrieben im Jahre 1920, welche mit mehr als 20 Arbeitnehmern dem Einstellungszwang unterliegen, waren am 31. März 1924 bei 4862 Arbeitgebern mit 910 659 Arbeitnehmern 18 849 Schwerbeschädigte beschäftigt. Die Zahl der Pflichtarbeitsplätze betrug 19 487. In der Unterbringungsziffer von 18 849 sind 1764 Schwerbeschädigte einbezogen, die durch die Auswirkung des Kündigungsschutzes und durch freie Entschlieung der Arbeitgeber in Arbeit gehalten werden, so daß 2402 Pflichtarbeitsplätze unbelegt blieben. Diese Arbeitsplätze entfallen vorwiegend auf Betriebe, die vornehmlich Frauen, Heimarbeiter, jugendliche Arbeiter, Lehrlinge sowie Schwer- und Facharbeiter beschäftigen. Den Schwerbeschädigten gleichgestellt waren 3604 schwererwerbsbeschränkte. Dies bedeutet eine erhebliche Einschränkung der Inanspruchnahme der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Unter den in Arbeit untergebrachten befanden sich 262 Kriegsblinde und 541 Zivilblinde, von insgesamt in Berlin vorhandenen 1013 Blinden. Mit 982 arbeitslosen Schwerbeschädigten einschließl. 210 Blinden betrug die Arbeitslosigkeit aller Schwerbeschädigten 4,46 Proz., während sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Gesunde 14,44 Proz. betrug. Von besonderer Bedeutung für die Eingliederung Schwerbeschädigter in Industrie und Handel ist, daß nach den bisherigen Feststellungen ca. 95 Proz. aller Schwerbeschädigten zu vollen tariflichen Löhnen beschäftigt werden und die durchschnittliche Leistungsfähigkeit zwischen 60 und 75 Proz. schwankt.

Der Schwindler als „Rechtsanwalt“.

Das Roabiter Kriminalgericht scheint immer mehr zum Eldorado von Schwindlern und zum Tummelplatz von falschen Rechtsanwälten, solchen Sachverständigen und ähnlichen Erscheinungen zu werden, die die Ratlosigkeit der Angehörigen von in Haft befindlichen Angeklagten in freier Weise auszunutzen wollen. Wiederholt sind falsche Rechtsanwälte und Sachverständige entlarvt worden. Jetzt wurde wieder ein falscher Rechtsanwalt auf dingfest gemacht, der mit besonderer Frechheit aufgetreten ist. Der Schwindler, der über gute Vorkenntnisse zu verfügen scheint, pflegte seine Sachen im Anwaltszimmer des alten Kriminalgerichtsgebäudes abzufragen und dann dort eine mitgebrachte Anwaltsrobe anzuziehen und in dieser auf den Korridoren herumzugeschoben. Auf diese Weise drängte er sich auch an einen Mann heran, dessen Sohn sich seit mehreren Wochen in Untersuchungshaft befand und bisher nicht zur Entlassung kommen konnte. Es wurde ein Honorarschein über 50 M. ausgestellt und gleich eine Anzahlung von 5 M. gegeben. Der Schwindler, der verächtlich auf schon als Verteidiger in Schöffengerichtssitzungen aufgetreten sein soll, begab sich dann zum Untersuchungsrichter, legte die Vollmacht vor und ließ sich eine Sprecherelaubnis als Rechtsanwalt Dr. Seborstl ausstellen. Als am nächsten Tage die neue Zusammenkunft stattfand, bei der das vereinbarte Haupt Honorar ausbezahlt werden sollte, tauchten plötzlich zwei Kriminalbeamte auf, die zur allgemeinen Ueberforschung den angeblichen Rechtsanwalt als Schwindler festnahmen. Die Polizei hatte einen Wink bekommen, daß ein diesgedachter Schwindler gegenwärtig in Roabit sein Unwesen treibe. Es handelte sich um einen vielgewandten, Angst gesuchten Betrüger, der als praktischer Arzt, Frauenarzt und Kriegsgerichtsrat aufgetreten war. Angesichts der in letzter Zeit sehr häufigen Fälle — wir erinnern an den erst vor wenigen Tagen aufgetretenen falschen medizinischen Sachverständigen, der einer Frau 2000 M. für ein Utensil abschwindelte, an die Attendebühnen der Kriminalstudien und die immer wieder auftauchenden falschen „Pressevertreter“, die mit irgendwelchen handschriftlich ausgestellten Ausweisen von Zeitungen operieren und sich „Schweigegeheude“ auszahlen lassen — dürfte es endlich angebracht sein, eine scharfe Kontrolle in dem Kriminalgerichtsgebäude eintreten zu lassen.

Eine gefährliche Rinderfreundin.

Zu Anfang dieses Jahres wurden auf der Strafe kleine Kinder von einer Frauensperson befalligt. Sie betastete die Kinder unter dem Vorwand, sie wolle feststellen, „ob die Kinder Schmerzen hätten“. Bei dieser Gelegenheit zog sie diesen die Unterwäsche aus und entfernte sich. Nach langen Bemühungen gelang es, die Täterin in der Person einer Elise Schild festzustellen, die sich jetzt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten hatte. Die Verhandlung ergab, daß sie sich auch an Kinder herangemacht hatte, deren Mütter als Heimarbeiterinnen beschäftigt waren und die Kinder zum Abliefern der Ware ausgehandelt hatten. Die Diebin nahm den Kindern die Liederung, Schürzen, Hemden und Kleider unter dem Vorwand ab, daß sie prüfen wolle, ob die Sachen gut gearbeitet seien. Um die Kinder an sich zu locken, hatte sie ihnen vorher Süßigkeiten gegeben. Die Beute hatte sie an die mitangeklagte Näherin Emma Barsch, die sich nunmehr ebenfalls zu verantworten hatte, und der gewerbsmäßigen Hehlerei angeklagt war, verschoben. Die Angeklagte Schild ist schon wieder.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 11. Juni.
Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Märchen gelesen von Hedq Guber. 8 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. med. Ernst Rotho: „Zwiesgespräch mit unseren kleinsten Lebewesen“ (Eine hygienische Plauderei). 9—11 Uhr: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Weitschach.

holt mit Zuchthaus vorbestraft und wurde mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit ihres Treibens zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Für die Angeklagte Barsch machte der Verteidiger ihre Gutgläubigkeit und Unbescholtenheit geltend, so daß sie mit 120 Mark Geldstrafe davonkam.

Der Polizeivigilant.

Eine Falschgeldangelegenheit.

Unter der Anklage des Münzverbrechens hatte sich der Kaufmann Hans Stahl vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Stahl stand unter dem Verdacht, Falschgeldnoten hergestellt und vertrieben zu haben. Um ihm eine Falle zu stellen, hatte der Polizeivigilant Ruhndal, in Gemeinschaft mit einem Kaufmann Richardis und einem Dritten, Stahl mitgeteilt, daß ein Bauer am Abend am Alexanderplatz eintreffen würde, um Falschgeld auszulassen. Stahl ging auf den Vorschlag ein, und man verabredete, den Bauer am Bahnhof Alexanderplatz bei der Ankunft in Empfang zu nehmen. Als Stahl sich zur verabredeten Zeit an dem Zusammenkunftsort einfand, traf er da die drei Männer, aber gleichzeitig auch einen Kriminalbeamten, der ihn festnahm. Auf dem Transport zum Polizeipräsidium hob Ruhndal plötzlich 20 Falschgeldnoten von der Strafe auf und behauptete, daß diese von dem festgenommenen weggenommen worden seien. Es handelte sich um gefälschtes Reichsgeld der Reichsbahn, wobei aus den Millionenheften Billionenscheine gemacht worden waren. Der Angeklagte bestritt, daß er die Scheine weggenommen habe und bezeichnete das Ganze als Spießerarbeit. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 3 Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger machte dagegen geltend, daß Stahl von dem Kriminalbeamten unterlauft worden sei, außerdem habe der Beamte den festgenommenen am Arm festgehalten, so daß es schwer gewesen sein würde, daß Stahl die Noten hätte wegwerfen können, ohne daß es von den Beamten bemerkt worden war. Es sei viel eher anzunehmen, daß der Lockspiegel die Noten selbst weggenommen und dann gefunden habe, um sich die Belohnung zu verdienen. Da der Vigilant zur Verhandlung nicht erschienen war, hielt das Gericht den Fall auch für sehr zweifelhaft und ließ sich genötigt, den Antrag des Verteidigers stattzugeben und den Angeklagten mangels ausreichenden Beweises freizusprechen.

Ein Raubüberfall auf eine Greifin.

Vom Schicksal wurden drei Männer ereilt, die einen brutalen Raubüberfall auf eine Greifin verübt hatten und nun gestern sich wegen Raubes vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling verantworten mußten. Der Arbeiter Knispel wohnte seinerzeit in der Reinholdsdorfer Straße 45 als Schlafburche bei der etwa 70jährigen Frau Thron. Als er arbeitslos geworden und infolgedessen in Geldverlegenheit geraten war, lockte er mit zwei Bekannten, Matthies und Eggert, den Plan, sich durch einen Lieberfall auf seine alte Wirtin das dringend gebrauchte Geld zu verschaffen. Wie verabredet, erschienen dann Matthies und Eggert eines Morgens früh gegen 6 Uhr in der Wohnung der alten Frau Thron, Knispel ließ sie ein und dann stürzte sich das Kleeblatt auf die ahnungslos im Bett schlafende Frau Thron. Man fesselte die alte Frau an Händen und Füßen, band sie ans Bett, steckte ihr ein Chemisett als Knebel in den Mund, würgte sie und betäubte sie noch überflüssigerweise durch Vorhalten eines mit Keihe getränkten Tuches. Dann machten sich die drei darüber her, die Wohnung auszulündern. Sie stahlen hauptsächlich Wäsche und Anzüge und verschonten dabei noch einmal die Sachen eines anderen bei der Greifin wohnenden Schlafburschen. Die Lieberfällene erwachte jedoch schneller aus ihrer Betäubung, als die Spühbuben vermutet hatten. Es gelang ihr dann, den Knebel aus dem Munde zu entfernen und sich der Fesseln zu entledigen. Hierauf machte sie sich, nachdem sie sich etwas erholt hatte, auf den Weg zur Polizei, die schon nach zwei Stunden der Räuber habhaft wurde. Leider erhielt die Braute die Beute ihre Sachen trotzdem nicht zurück, da die Braut des Matthies, die mitangeklagte Arbeiterin Cortes, bei der die geraubten Sachen zunächst untergestellt worden waren, diese schon weiter verschoben hatte. Das Urteil lautete gegen die drei Räuber auf je vier Jahre Zuchthaus, acht Jahre Ehrverlust und Unfähigkeit von Polizeiaufsicht. Die vierte Angeklagte Cortes wurde wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Gute Tage für Einbrecher.

Mehrere große Einbrüche wurden während der Pfingstfeiertage verübt. Als ein Kaufmann aus der Havelstraße in Charlottenburg in der Nacht zum zweiten Feiertag heimkehrte, begegnete ihm auf der Treppe zwei mittelgroße barlose Burschen von etwa 17 bis 22 Jahren. Später in der Nacht erwachte die Familie durch ein Geräusch und sah nun, daß Einbrecher ein Stück aus der Wohnungstür herausgeschritten, die Sicherheitskette abgenommen und aus dem Wohnraum für 30 000 M. Wertgegenstände hatten, darunter russisches Silber, Empire-Kaffeetannen und Zubehör, Ufkrbecher mit Wappen usw., dazu noch 800—900 M. bares Geld. Die Täter vermutet man in den beiden Burschen. — Bei einem Studienrat in der Bernburger Straße öffneten Einbrecher an der Wohnungstür im hohen Erdgeschloß das Kunstschloß und erbeuteten Silberzeug für 18 Personen und Schmuckgegenstände im Gesamtwerte von ebenfalls 30 000 M. In beiden Fällen ist für die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Galzow im Polizeipräsidium erbeuten. — In der Frühe des ersten Feiertages brachen Einbrecher auf dem Grundstück Reanderstr. 28 vom Keller aus durch die Decke in ein Metallwarengeschäft ein und stahlen für 2000 M. Gold- und andere Metallwaren, die sie in einen großen Reiseford packten. Eine rotbraun lackierte Droschke, die während des Einbruches vor dem Hause hielt, nahm fünf Männer mit dem Reiseford auf und fuhr mit ihnen davon. Der Chauffeur wird er sucht, sich bei Kriminalkommissar Geißel, Dienststelle B 17 im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums, Hausnummer 195, zu melden. Diese Dienststelle sucht auch eine ganze Reihe von Einbrüchen aufzuklären, die in den letzten Wochen zur Nachtzeit in Radiogeschäften in Roabit verübt und bei denen viele Detektor- und Röhrenempfangsapparate gestohlen wurden. Mitteilungen zur Aufklärung werden auf Wunsch streng vertraulich behandelt.

Rinderzeichnungen.

Die Bezirksschuldeputation 1—6 gründete im Oktober vorigen Jahres „freie Zeichenklassen“, in denen besonders begabte Schüler und Schülerinnen aus Berliner Gemeindeschulen kostenlos Gelegenheit erhalten, sich im Zeichnen und Malen, im Schreiben einfacher Hierschrift und im Projizieren weiter auszubilden und hierdurch in den Stand gesetzt werden, sich eine gute Geschmacksbildung anzueignen. Die Ergebnisse dieser Gründung werden gegenwärtig im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, bis 14. Juni öffentlich ausgestellt. Sie lassen erkennen, welche Gestaltungskraft in unseren Kindern schlummert und wie vielseitig deren Auffassungs- und Darstellungsvermögen ist. Besonders erfreulich wirkt die Verschiedenartigkeit der behandelten Aufgaben und die Mannigfaltigkeit der angewandten Ausdrucksmittel. Neben Bleistiftzeichnungen und Malereien finden sich Pinselmalereien, Schablonenausschnitte, Stempelbrüche und Klebearbeiten. Es dürfte durch diese Neuschöpfung vielen Kindern der künftige Lebensweg gezeigt werden, und deshalb wünschen wir den „freien Zeichenklassen“ der Bezirksschuldeputation 1—6 glückliche Fortentwicklung.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands. Der Hauptort fand der Arbeitsgemeinschaft hat eine Sprechstunde eingerichtet, die jeden Freitag, mittags 12—2 Uhr, im Bureau des Reichsanwaltes für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links 4 Tr., stattfindet.

Den kürzlich an dieser Stelle veröffentlichten Ausführungen des Rechtsanwalts Walter Bahn folgt in folgendem Justizrat Viktor Fraentl einiges über den Fall Hans Jandke an.

Bekanntlich hat am 14. Dezember 1923 das Schwurgericht beim Landgericht I Berlin die neunzehnjährigen Arbeiter Hans Jandke und Kurt Goldbach wegen Mordes an dem Postbeamtenmeister Steiner zum Tode verurteilt. Die Geschworenen, die damals noch allein die Schuldfragen zu entscheiden hatten, haben sie bejaht, und die drei Berufsrichter haben von der gesetzlichen Befugnis, den Spruch zu fassen und die Sache an ein neues Schwurgericht zu verweisen, nicht Gebrauch gemacht. Es wurde Revision gegen das Todesurteil eingeleitet und vornehmlich unter Bezugnahme auf gewichtige Darlegungen des bekannten Rechtslehrers Professor Dr. Deller die Fassung und Reihenfolge der Schuldfragen gerügt. Das Reichsgericht jedoch hat die Revision verworfen. Das gleiche Schicksal hat dann der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens erlitten, obwohl er auf das neue Gutachten eines vorher nicht vernommenen Psychiaters gestützt worden ist und dieser darin begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit von Jandke ausgesprochen hat. Auf die sofortige Beschwerde hat das Kammergericht die Entscheidung des Landgerichts gebilligt. Es hat hier, wo es sich um das Leben eines jungen Menschen handelt, die Beschwerde mit dem einzigen Satz abgelehnt: „In Erwägung, daß der zutreffenden Begründung des angefochtenen Bescheides lediglich beizutreten war.“ — So ist nur noch übrig geblieben, die Gnadeninstanz für Hans Jandke anzurufen, damit ein offensichtlicher Justizmord verhindert werde. Der in den Jahren des Krieges, als Gewalttaten gepfrieben und gefeiert wurden, groß gewordene Verurteilte hat nie die Fürsorge eines Vaters kennengelernt. Seine mit schweren materiellen Räten ringende Mutter hat ihn nicht so betreuen können, wie es Besessene mit ihren Kindern zu tun vermögen. So ist auch an Hans Jandke die Zeit des Krieges die denkbar schlechteste Erzieherin geworden und hat die Auswirkungen seiner seelischen Struktur nur noch über beeinflusst. Daß dieser junge Mensch nun als ein eines Mordes Ueberführter angesehen werden dürfte, ist unhaltbar. Als fesseltend ist zu erachten, daß er selbst auf Steiner nicht geschossen hat. Die Konstruktion, er habe eine vorsätzliche und mit Ueberlegung auszuführende und ausgeführte Tötung durch den Mitangeklagten Goldbach, der zur fraglichen Zeit ebenfalls noch nicht 19 Jahre alt gewesen ist und sich gleich Hans Jandke unter Alkoholeinfluß befunden hat, als eigene Tat gewollt, ist, mag man sie juristisch oder rein menschlich betrachten und prüfen, ohne weiteres zu verwerfen. ... Mit Recht hat sich daher bald nach dem Spruch des Schwurgerichts der damalige Reichstagsabgeordnete und frühere Reichsjustizminister Professor Dr. Radbruch im Sinne eines Gnadengesuchs an den preußischen Justizminister gewandt. Nach meiner Uebersetzung darf sich der Gnadenbeweis indessen nicht darauf beschränken, die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umzuwandeln. Er muß vielmehr, wie das in der Eingabe vom 28. Mai d. J. hervorgehoben worden ist, bei der Lage dieses Falls ein durchgreifend sein!

Justizrat Viktor Fraentl

Keine Erhöhung der Ausreisegebühren.

Aber neue härtere Kontrolle.

Zu den in den letzten Tagen verschiedentlich veröffentlichten Mitteilungen über eine angelegte Erhöhung der Ausreisegebühren wird der Telegraphen-Union von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in letzter Zeit zwei Besprechungen stattgefunden haben. In diesen habe aber eine Erhöhung der Gebühr überhaupt nicht zur Debatte gestanden. Es sei nur über eine schärfere Kontrolle der Ausreise beraten worden. Nach Pfingsten findet eine Kabinettsitzung statt, in der über die ganze Angelegenheit Befehlshat gegeben werden soll.

Die Sparkasse der Stadt Berlin gewährleistet seit einiger Zeit für alle Einlagen auf Sparbücher die Werbeständigkeit auf der Dollargrundlage. Diese Maßnahme ermöglicht den in der Uebergangszeit von der Papiermark zur Rentenmark eingerichteten Goldspargarnverkehren, für den Einzahlungen nicht mehr entgegengenommen werden einzustellen. Die Sparkasse der Stadt Berlin wandelt Goldspargarnverkehren kostenlos in Rentenmarkspargarnverkehren um, wobei eine Goldsparmark = 1/100 Dollar = 0,42 Rentenmark gerechnet wird. Bei der günstigen Verzinsung der Rentenmarkverkehren von 8 Proz. jährlich für täglich abrufbare und 15 Proz. jährlich für mit Kündigungsoberpflichtung bereitgegebene Rentenmarkverkehren gegenüber 3 Proz. jährlich für Goldsparmarkverkehren empfiehlt es sich, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Noch ein schweres Automobilunglück.

Bei Bad Harzburg ereignete sich am Abend des Pfingstmontags ein schweres Automobilunglück, bei dem drei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Der Besitzer des Autos ist der Großkaufmann Karl Doering aus Altona, Dellerallee 8. Er hat einen Schädelbruch, lebt jedoch noch. Seine Frau ist tot. Ferner starb nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus der Bankbeamte Rudolf Tönnies aus Hamburg-Altona. Ferner ist tot seine Hauswartin, eine 60 Jahre alte Dame, deren Name noch nicht festgestellt ist. Die Wucht des Anpralls war so groß, daß die Leichen etwa 30 Meter entfernt am Abhange aufgefunden wurden.

Zwei Tage lebendig begraben. Es ist glücklich gelungen, den auf der See „Hermanns gesegnete Schiffahrt“ verschütteten Bergmann Richard Bary in der Nacht zum Sonnabend nach angestrengten Bemühungen zu retten. Bary war 36 Stunden lang begraben.

Verhaftung eines verächtlichen Lodsphäns in Petersburg. Die Ost-Express meldet, ist der Lodsphän Petrowski verhaftet worden, der 37 Jahre lang im Dienste der zarischen politischen Polizei gestanden hat. Petrowski ist gegenwärtig 69 Jahre alt, war seinerzeit Mitglied in der revolutionären Organisation „Land und Freiheit“ und hat diese bedeutende russische Revolutionäre der Polizei verraten, darunter Scharjow, Trigoni, Kolotkewitsch usw. Die Vernehmung Petrowskis, der auch in Beziehungen zu Krapotkin und Plechanow gestanden hat, dürfte auch manches historische interessante Material zutage fördern. Seit dem Siege der bolschewistischen Revolution ist Petrowski in einer Fabrik als Arbeiter tätig gewesen.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Turn- und Sportkongress.

In der Stadthalle zu Kassel ist am Sonnabend abend der 14. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zusammengetreten, der von einer Reihe von Vertretern befreundeter Verbände begrüßt wurde, darunter auch von den Delegierten der deutschen und tschechischen Arbeiter-Turner und -Sportler in der Tschechoslowakei. Am Pfingstsonntag um 8 Uhr früh begannen unter dem Vorsitz des Genossen Teuthe-Deffau die eigentlichen Verhandlungen. Bundesvorsitzender Genosse Kellert konnte über einen sehr erfreulichen Fortschritt der Organisation seit dem Münchener Bundestag von 1921, insbesondere seit dem Ende der Inflationzeit, berichten. Die Zahl der Bundesvereine ist auf 6399, d. h. um 52,4 Proz. gestiegen, die Mitgliederzahl auf 650.166, das ist eine Zunahme von 45,4 Proz. Bezeichnenderweise nimmt das Kapitel der Konflikte mit den Behörden wieder einen größeren Platz im Vorstandsbericht ein. In sieben Fällen wurden Prozesse mit der deutschen Turnerschaft, die aus Uebertritten von Vereinen zum Arbeiter-Turn- und Sportbund entstanden waren, zugunsten des Arbeiterturnerbundes entschieden, weil nach dem Grundgesetz der deutschen Turnerschaft zur Auflösung des Mitgliedsverhältnisses Einmündigkeit erforderlich sei. Anfang Juli wird diese Frage das Reichsgericht beschäftigen.

Der erste Verhandlungstag wurde fast ganz ausgefüllt von einer großen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Minderheit, die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zum Austritt aus der in Luzern gegründeten sozialistischen Internationale dieser Bewegung veranlassen und ihn der kommunistischen Moskauer Rotes Sportinternationale zuführen will. Schließlich wurde ein Antrag der Minderheit in diesem Sinne in namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 47 Stimmen abgelehnt. In der sehr lebhaften Diskussion hatte Fritz Bildung nach schärfer Kennzeichnung der kommunistischen Kampfesweise die sozialdemokratischen Sportgenossen aufgerufen, endlich zu zielbewusster Gegenwehr überzugehen. Stürmischer Beifall bewies, daß Bildung der großen Mehrheit des Bundestages aus dem Herzen gesprochen hatte. Davon konnte auch das Eingreifen des Vertreters der Rotes Sportinternationale, Nikolajew, nichts ändern, der in überheblicher Ruhmredigkeit der seit Jahrzehnten erfolgreich wirkenden deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung vorgehalten hatte, daß der Sowjetterror in Rußland während seines sechsjährigen Bestandes mehr erreicht hätte als die deutsche Bewegung in 30 Jahren. Er erzielte mit dieser unwahrscheinlichen und tollkühnen Prophezei nur das Gegenteil seiner Absicht. Interessante Ausführungen machte Genosse Bähler-Wien-Neustadt, insbesondere über die Notwendigkeit härterer Heranziehung und Ausbildung der proletarischen Kinder und Jugendlichen. (Ein weiterer Bericht folgt.)

Obligatorischer Schwimmunterricht in Schulen.

Das gesundheitlich außerordentlich wertvolle Schwimmen war bisher noch nicht — wie der Turnunterricht und Spiele — als obligatorischer Unterrichtsgegenstand an den Schulen anerkannt. Nunmehr hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einer Verfügung vom 3. Mai 1924 die Provinzialschulkollegien und Regierungen ermächtigt, den Schulschwimmunterricht in denjenigen Gemeinden und Anstalten, in denen er von Lehrern bzw. Lehrerinnen erteilt und innerhalb der planmäßigen Turnstunden oder des wöchentlichen Spielnachmittags durchgeführt wird, für die Schüler und Schülerinnen etwa vom 12. Lebensjahre ab für ebenso verbindlich zu erklären wie die Teilnahme am Turnunterricht. Diese Verfügung ist ein recht bescheidener Anfang, denn er schreibt das Obligatorium nicht vor, sondern gibt nur die Ermächtigung dazu, wo die örtlichen Verhältnisse dies „ermöglichen“. Grundsätzlich wird festgelegt, daß die Leitung des Schwimmunterrichts in den Händen der Lehrerschaft liegen soll. Da aber die Zahl der staatlich geprüften Schwimmlehrer noch geringer ist als die der Turnlehrer, so soll auch die Mitwirkung der Schwimmvereine seitens der Schulbehörden in Betracht gezogen werden. Die Arbeitsschwimmer würden diese Zusammenarbeit mit der Schule zweifellos freudig begrüßen, Voraussetzung ist aber, daß das Schwimmen in die späten Nachmittagsstunden verlegt wird. Statt dessen wird angeregt, den Schulschwimmunterricht während der planmäßigen Turnstunden und der wöchentlichen Spielnachmittage durchzuführen, um eine Vermehrung der Gesamtstundenzahl und eine „Rehrbelastung“ der Lehrer zu vermeiden. Unter diesen Umständen werden wiederum nur wirtschaftlich selbständige Mitglieder bürgerlicher Vereine mitwirken können. Das Haupthindernis für die Durchführung der ministeriellen Verfügung liegt in der Geldfrage. Für Ausrüstung und die Hebung der Volksgesundheit bleibt trotz der hohen Steuern und der Ersparnisse an Militäransgaben heute noch weniger übrig als vor dem Kriege. Die finanzielle Beihilfe Preußens soll sich daher darauf beschränken, bereits vorgebildete Lehrer und Lehrerinnen in kurzfristigen Lehrgängen an der Preussischen Hochschule für Leibesübungen in den neuzeitigen Betrieb des Schwimmunterrichts einzuführen und hierzu eine Unterstützung zu gewähren. Zwecks Ausbau und Neuerrichtung von Schwimmanstalten — besonders an offenen Gewässern — sowie die unentgeltliche Ueberlassung an Schulen sollen sich die Schulaufsichtsbehörden mit den Gemeinden in Verbindung setzen. Leistungsschwachen Gemeinden wird die Gewährung von Ergänzungszuschüssen in Aussicht gestellt.

Der obligatorische Schwimmunterricht an den Schulen wird durch die obige Verfügung zweifellos gefördert werden. Da aber der Geldmangel eine auch nur annähernd genügende Anstellung von Schwimmlehrern nicht ermöglicht, sollte die Heranziehung der Vereine ganz besonders in Erwägung gezogen werden. Die Arbeitsschwimmervereine unterhalten bereits seit Jahren Schwimmabteilungen für Kinder und verfügen über gut ausgebildete technische Lehrkräfte, die sich gern den Schulen zur Verfügung stellen, sofern der Unterricht in ihre Freizeit verlegt wird. Zu erwägen wäre auch, ob der Vereinsschwimmunterricht nicht als vollwertiger Ersatz des Schulschwimmens anerkannt und durch die Schulen gefördert werden

könnte. Die Hebung der Volksgesundheit wird unter den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen — deren Ende noch gar nicht abzusehen ist — nur gelingen, wenn alle Teile des Volkes zur Mitarbeit herangezogen werden. Ueberläßt den Vereinen die Schwimmhallen — ebenso Turnhallen und Sportplätze — gratis und sorgt für weitestgehende Aufklärung der Eltern und Kinder über die Notwendigkeit planmäßiger Körperkultur, so werden sich bei verhältnismäßig geringer Geldaufwendung sehr bald die Erfolge zeigen.

Weltolympia des Arbeitersports.

Der gesamte Arbeitersport in allen Ländern beginnt jetzt zu der internationalen Olympia, die Ende Juli 1925 in Frankfurt am Main abgehalten werden soll, zu rüsten. Am 1. Juli d. J. wird das von Willibald Kraim gezeichnete Werbeplakat in allen Ländern angeschlagen werden. Am gleichen Tage soll die erste Nummer der im Kupfertiefdruckverfahren hergestellten (im „Vorwärts“ gedruckt) Festschrift herauskommen; sie erscheint mit Textbeilagen in vier Sprachen, die in den betreffenden Ländern hergestellt werden. Eine in der Osterwoche stattfindende Internationale Konferenz hat die letzten Beschlüsse für die Vorbereitung gefaßt. Dabei ist auch die Frage der Zulassung der sogenannten Rotes (Moskauer) Sportinternationale erörtert worden. Man ist überein gekommen, in kürzester Zeit in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Bureaus die Plattform für ein Zusammengehen zu finden. Das Frankfurter Stadion geht seiner Vollendung entgegen und verspricht eine vorbildliche Anlage zu werden. Es wird durch die erste Arbeiterolympiade der Welt eine seltene Weihe erhalten.

An alle Sportpartei Groß-Berlins.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Kartells hat beschloffen, am Sonntag, 3. Juli (Sonnabend), mitzumitern. Alle Turnabteilungen, Badfahrer, Schwimmer, Säuger, die in der Nähe der Lohle Arbeit, Ueberseer, Schloß Schönehausen, Seckbau, Friedrichshagen, Flammgarten, Oberschönweide, Schwammsommer-Theater, Köpenick, Reus Welt, Köpenick, Schloß Neuenhagen, Parkrestaurant Südenberg, werden ersucht, mitzubringen, ab bei: 1. Turner: 1 Männer-Red-Niese, 1 Frauen-Verh- oder Borden-Niese, 1 Kinder-Red- oder Reulendüngung; 2. Badfahrer: 1 Runkelstein; 3. Säuger: Selbige Spieler; 4. Schwimmer: Bester-Schwimmer, Reigen, freien Namen. Oben ersucht ich die Wandelnisten um Angaben. Paul Wolff, Neustadt, Pfingststr. 80 II.

Schachkämpfe in Bernau. Die Abteilungen Norden III und V des Berliner Arbeiterklubds veranstalteten am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gesellschaftshaus, Kaiserstraße 70, einen Mannschaftskampft am circa 20 Brettern. Es wird beabsichtigt, auch in Bernau einen Arbeiterklubverein ins Leben zu rufen. Freunde des Schachspiels sind als Gäste willkommen. Auch alle dem Arbeiterklub angehörende Sportgenossen werden hiermit eingeladen.

Wasserballerentwürfe am 18. Juni im Seebad Nichtenberg, Hauptstraße 6. Klasse A: Union-Vorwärts I, Schiedsrichter A. Dreier, Charlottenburg-Vorwärts II, Schiedsrichter R. Seifhorn, Neustadt-Repton B, Schiedsrichter G. Schlichte. Klasse B: Union-Maggelsee, Schiedsrichter E. Schröder, Welle-Vorwärts A, Schiedsrichter W. Bahle, Döppin-Legat-Neustadt, Schiedsrichter W. Lustig, Jugend: Repton B, Vorwärts A, Schiedsrichter G. Klein, Neustadt-Repton B, Schiedsrichter B. Schulz. Die Spiele beginnen pünktlich 1/2 Uhr. Bälle und Kappen sind mitzubringen. Mannschaften, die nicht rechtzeitig antreten, verlieren die Spielberechtigung.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Neustadt. Die Plakats und Eintrittskarten zum „Kart“ sind von den säumigen Vereinen umgehend von mir abzuholen. Die Abrechnung der Eintrittskarten erfolgt am Freitag, den 20. Juni, bei mir. Was bis dahin nicht abgerechnet ist, gilt als verkauft. Zu der nächsten Sitzung des Kartells ersuche dringend, auf die Kartellvertreter einzuwirken, ihre Pflicht zu erfüllen, da das Werbeportfest des Kartells in unmittelbarer Nähe gerückt ist und die Mitarbeit jedes Sportlers unbedingt erforderlich ist. Paul Wolff, Nichtenstraße 60.

Schwimmerverein „Vorwärts“ Berlin 1897, Gruppe Köpenick. Am Donnerstag, den 12. Juni, findet eine Gruppenversammlung statt, zu der jedes Mitglied über 17 Jahre pünktlich zu erscheinen hat. Versammlungsort ist Baboebahnhof, Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

Berliner Schwimm-Union 1913. Die nächste Sitzung für sämtliche Mitglieder über 17 Jahre ist am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Vereinslokal von Lerno, SO. 18, Michaelstraße 28. Die nächste Jugendsitzung ist am Sonntag, den 16. M., im Freibad Wlensdorf. Die Uebungsstunden finden jetzt jeden Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr für sämtliche Abteilungen verleiht in der Rühlbadeanstalt im Mühlengraben, unweit Spittelmarkt (Friedrichsgracht), statt. Ferner bis auf weiteres im Freibad Wlensdorf, unweit Bahnhofs Obersee, jeden Sonntag.

Kubereverein „Kohle“, Charlottenburg. Sitzung jeden Freitag 8 1/2 Uhr im Lokal von Hymus, Charlottenburg, Wlensdorfstr. 4. Die Uebungsstunden finden regelmäßig Dienstag und Donnerstag im Volkshaus (Sponau-Liefwerber) statt. — Dienstag, 17. Juni, Vorstandssitzung. — Freitag, 20. Juni, außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, 14. Verwaltungsbereich (Neustadt). Allen Vereinen, die am Montag die Kartellversammlung nicht besucht haben, zur Kenntnis, daß Plakats und Eintrittskarten zum Kartell, beim Unterehenden abgeholt werden müssen. Die nächste Kartellversammlung findet am 7. Juli, abends 8 Uhr, in der Klause statt. Vereine, die diese Sitzung nicht besuchen, werden dem Geschäftsführenden Ausschuss zur weiteren Berücksichtigung gemeldet. Paul Wolff, Nichtenstr. 60 II.

S. B. Sparta 1911. Reichhaltige Fußball, Hockey, Handball, jeden Dienstag und Donnerstag Training im Nichtenberger Stadion. Bitte herzlich willkommen. Treffpunkt zum Kartell 1 Uhr am Hauptbahnhof. Jeder Gedanke muß zur Stelle sein. — Freitag, 13. Juni, 8 Uhr, im Lokal Simon-Doh-Str. 39, Vorkonferenz.

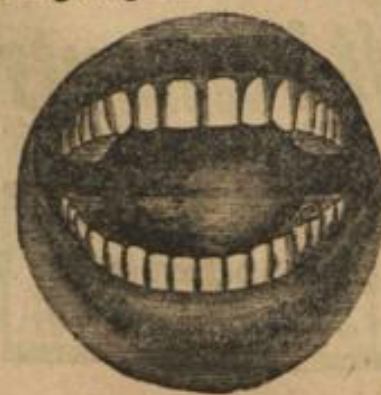
Freie Schwimmer Charlottenburg, Rans-Wd. Sitzung am Mittwoch, den 11. Juni, pünktlich 7 1/2 Uhr abends, bei Rohne, Schloßstr. 6. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Bitte herzlich willkommen.

Kreisvereine „Die Naturfreunde“. Der Sommer trifft sich Mittwoch abends 8 Uhr in der Schule Giesebrechts zur Besprechung.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Donnerstag, 18. Juni: 1. Hauptversammlung unter Leitung von Frau Julia Klumt in der Turnhalle Giesebrechtsstr. 6. Hierzu von jeder Frauenabteilung 5 Männer- und Jugendabteilung 3 Mitglieder. Bitte keinen Fehlen.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Nichtenberg. Für den am 22. Juni im Stadion Grünau stattfindenden Kartell. Und sofort die Eintrittskarten und Plakats beim Sportgenossen Wagner, Frankfurter Allee 268, abzuholen. Abholer, welche Wagner nicht persönlich kennen, werden gebeten, sich mit einem Vereinsgenossen zu verbinden. Gleichzeitig werden die Vereine ersucht, die Beiträge an Genossen Wagner, Hagenstr. 6, abzuliefern. Sitzung der Kartellkommission am Donnerstag, den 12. Juni; Sitzung der Delegierten Mittwoch, den 18. Juni; Sitzung mit den Kartellvertretern Freitag, den 20. Juni. Die Vereine müssen unbedingt erscheinen, da wegen der Vorbereitungen und Ausstellung viel Arbeit zu erledigen ist. Die Sitzungen finden alle bei Wagner statt.

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten und Zahnlücken



geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnspalten, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptica, z. B. wurden früher Lösungen von Kali chloricum oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Wir raten deshalb eindringlich und mit gutem Gewissen allen, die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.

Achtung! Elternbeiratswahlen!

Spätestens morgen, den 12. Juni cr., müssen die Wahlvorschläge beim Wahlvorstand eingereicht sein.
Kennwort: Schulaufbau!

Groß-Berliner Parteienachrichten.

Achtung, Genossinnen!

Achtet auf die Ankündigung des Unterhaltungsabends der „Frauenwelt“!

Achtung, Eltern!

- Kreis Prenzlauer Berg.** Alle Parteigenossen sowie „Vorwärts“-Leser, deren Kinder die Gemeindefschule Sonnenburger Straße besuchen, werden ersucht, ihre Adressen umgehend an Albert Lorenz, Steinstraße 66, Hof 2 Tr., abzugeben.
- Kreis Kreuzberg.** 44. Wkt. Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 68., 50., 106., 152. Gemeindefschulen in der Schulaula Weiger Str. 17-18. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Schuler. — 43. Wkt. Freitag, den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 83., 144., 163., 176., 192. Gemeindefschulen und der 11. Volkshochschule in Rades Feldchen, Fichtestr. 29. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Richard Schöler. — 42. Wkt. Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 3. Hilfs-, 102., 109., 145., 151., 219. und 232. Gemeindefschulen in der Schulaula Reichenberger, Ecke Forster Straße. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Heinrich Wäde.
- Parteienossen, deren Kinder in der 23.24. Gemeindefschule, Charlottenburg, Gellertstr. 34, unterrichtet werden, müssen umgehend ihre Adressen beim Genossen Emil Jernick, Gellertstr. 25, Quergebäude 3 Tr., abgeben.**

- Kreis Friedrichshain.** Achtung, Bildungsausschuss! Donnerstag, den 12. Juni, pünktlich abends 8 Uhr, Friedrichshain, Versammlungsrede.
- Kreis Kreuzberg.** Die Debatte des Reiches treffen sich Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Schulhaus, Hagenheide 22.
- Kreis Reinickendorf.** Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, den 12. Juni, 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Reinickendorf-Ort, Hauptstraße 2. Abend: Hl. Dr. Hellinger: „Die neue Fürsorgepflichtverordnung — ihre Bedeutung und Anwendung in der freien Wohlfahrtsarbeit“.
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Prenzlauer Berg:** Monatliche Zusammenkunft Donnerstag, den 12. Juni abends pünktlich 7 Uhr, im Jugendheim Danziger Str. 23, Zimmer 17. Tagesordnung: Sonnenwendfeier.

Heute, Mittwoch, den 11. Juni: Mitgliederversammlungen und Jahlabende.

- Wkt. Die** Abteilungsversammlung fällt aus. Die Genossen nehmen am Donnerstag an der großen Versammlung im Lehrereinschulhaus teil.
- Wkt. 7 1/2 Uhr** Jahlabend: Bezirke 496/487 bei Schilfswald, Radaniensallee; Bezirke 491-495 bei Albrecht, Veteranenstr. 4; Bezirke 496-500.
- Wkt. 7 1/2 Uhr** Abteilungsversammlung bei Schmidt, Bielestr. 17. Neuwahl des Abteilungsleiters.
- Wkt. Die** Mitgliederversammlung findet erst am 18. Juni bei Carus, Holstaer 57, statt. Die Funktionäre werden gebeten, hierzu einzuladen.
- Wkt. Der** Jahlabend fällt aus und findet am 18. Juni statt.
- Wkt. 7 1/2 Uhr** Versammlung der 3. Gruppe im Hermannshaus. Die Mittelglieder sämtlicher Gruppen gehen morgen (Donnerstag) zur internationalen Kundgebung in der Saalbau Friedrichshain.
- Wkt. Der** Jahlabend findet erst am 18. Juni statt. Donnerstag Begegnung im Saalbau Friedrichshain.
- Wkt. Der** Jahlabend wird verlegt auf den 18. Juni.
- Wkt. Der** Jahlabend fällt aus. — Nächster Mittwoch Abteilungsversammlung. Näheres wird noch durch Handzettel bekanntgegeben.

Schaumpon

mit dem schwarzen Kopf

Das altbewährte Kopfwaschpulver



- Wkt. Bezirksleiter,** abends 7 Uhr Handzettel von Wolf, Gellertstr. 26, abholen!
- Wkt. Die** Mittelgliederversammlung fällt aus und findet am 18. Juni statt.
- Wkt. Die** Abteilungsversammlung findet umhändelbar am Mittwoch, den 12. Juni, statt. Am Donnerstag Beteiligung an der Kundgebung im Schulhaus-Kaufhaus Hagenheide 22.
- Wkt. Charlottenburg,** 7 1/2 Uhr bei Blüthner, Kaiserin-Augusta-Allee 83, Abteilungsversammlung. Vortrag über „Schulfragen“. Gruppenleiter als Gäste willkommen.
- Schöneberg,** 77. Wkt. Die Jahlabende am Mittwoch fallen aus und finden am 18. Juni in den bekannten Lokalen statt. — 78. Wkt. Der gemeinsame Jahlabend findet erst am 18. Juni statt. — 79. Wkt. Der heutige Jahlabend fällt aus, die Mittelgliederversammlung findet am 18. Juni statt. — 80. Wkt. 7 1/2 Uhr im Besetzungsaal des Helmholz-Gymnasiums, Rudenstraße, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.
- Wkt. Friedenau,** 8 Uhr Bezirksabende: 1.-3. Bezirk bei Klage, Handjerystr. 60-61; 4.-6. Bezirk bei Schulz, Wiesbadenstr. Ecke Danbacher Straße. Neuwahl der Bezirksleiter. Aussprache über „Regelung, Reichstag und Parteitag“.

Internationale Kundgebung

am Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, anlässlich des Parteitages der B S P D. in folgenden Lokalen:
 Lehrereinschulhaus, am Alexanderplatz
 Germania-Säle, Chausseestraße 110
 Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain
 Schultheihaus (Wintergarten), Hagenheide 22

Neben deutschen Reichstagsabgeordneten werden in allen Versammlungen ausländische Sozialisten zur Berliner Arbeiterschaft sprechen. Arbeitergefangenenvereine wirken ebenfalls mit.

- Wkt. Mariendorf.** Der Jahlabend findet erst nächsten Mittwoch in den bekannten Lokalen statt.
- Wkt. Lichterfelde.** Die Mittelgliederversammlung findet nicht heute, sondern erst am 18. Juni statt.
- Wkt. 94. Wkt.** Der Jahlabend fällt aus. — 97. Wkt. 7 Uhr im Reichenhof der Thomas-Schule, Sinaang Thomasstraße. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. — 98. Wkt. Die Abteilungsversammlung fällt heute (Mittwoch) aus. Am Freitag, den 13. Juni, 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Teich, Denau, Ecke Anseebachstraße.
- Wkt. Riederichsweide,** 7 1/2 Uhr im Reichenhof der neuen Schule, Rudower Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Demmer über „Schule und Elternbeiratswahlen“.
- Wkt. Der** Jahlabend heute abend fällt aus.
- Wkt. Buchholz.** Der Jahlabend findet erst Mittwoch, den 18. Juni, statt.
- Wkt. Reinickendorf-West,** 7 1/2 Uhr Jahlabend im Volkshaus Edermannstraße 114.
- Wkt. 140a Wittenau.** Der Jahlabend findet in acht Tagen statt.
- Wkt. Rosenthal.** Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 11. Juni, nicht statt, sondern wird um einige Tage verlegt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Morgen, Donnerstag, den 12. Juni:

- Wkt. Die** Genossen treffen sich Donnerstag 6 1/2 Uhr Markstein, Ecke Wilmersstraße, zur Kundgebung in der Hagenheide.
- Wkt. Friedenau,** 7 1/2 Uhr öffentliche Elternversammlung in der Aula der Gemeindefschule Offenbacher Straße. Genosse Herrert Bieler spricht über „Weltliche oder konfessionelle Schule“.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 12. Juni:

- Kreis Wedding,** 7 Uhr Funktionärsitzung an bekannter Stelle.
- Kreis Prenzlauer Berg,** Donnerstag, den 12. Juni, im Saalbau Friedrichshain, Sitzung der Funktionärinnen 1 Stunde vor Beginn der öffentlichen Versammlung.
- Kreis Charlottenburg,** 8 Uhr Sitzung der Funktionärinnen im Garten Schenauer 8. Gebäu ist mitzubringen. Jede Abteilung muß vertreten sein. Material wird ausgegeben.
- Kreis Steglitz, Lichterfelde, Rankenik.** Die Funktionärinnen und Abteilungsleiterinnen treffen sich um 8 Uhr bei Siemssen, Südende, Stephanstraße 1, zu einer wichtigen Besprechung.

Sport.

Kennen zu Karlshorst am Dienstag, den 10. Juni.

- 1. Rennen.** 1. Refarola (Lüder), 2. Simons (Ulbrich), 3. Ellen (Bismark). Toto: 32:10. Platz: 12, 18, 12:10. Ferner liefen: Ramuela, Florentiner, Rama, Doushka.
- 2. Rennen.** 1. Sinnig (H. Standig), 2. Valerina (Dr. König), 3. Wratel (Kafertorn). Toto: 88:10. Platz: 15, 16:10. Ferner lief: Elshen, gel.
- 3. Rennen.** 1. Erzähler (Nichter), 2. Waiskin (Cavello), 3. Goa (Sandmann). Toto: 49:10. Platz: 20, 18, 48:10. Ferner liefen: Dubiene, Jovira, Magister, Galant, Jinator II, Gubicht, Dorna Batra, Wemmo, Teich.
- 4. Rennen.** 1. Faun (n. Herder), 2. Nabil (Waj. Braune), 3. Fagel (Schlag (n. Falkenhäuser)). Toto: 30:10. Platz: 13, 13, 17:10. Ferner liefen: Abader, Quellanymie, Steinberger, Uganfa, gel.
- 5. Rennen.** 1. Karr (Schmidt-Bauk), 2. Holzschlag (Graf-Hodemann), 3. Überleht (Dr. Dohle). Toto: 50:10. Platz: 17, 15, 18:10. Ferner liefen: Baroli, Osterlieb, Uta Troil, Larma, Fahnweid, Ulla, Der Sogemann, Gabelind.
- 6. Rennen.** 1. Fetters (Ruflied), 2. Heilberg (Dertel), 3. Eltrud (Bismark). Toto: 22:10. Platz: 14, 19:10. Ferner liefen: Egel, Sternfeld, Rurthen.
- 7. Rennen.** 1. Rosario (Reim), 2. Adaphus (Volk), 3. Lory (Zieth). Toto: 78:10. Platz: 30, 32, 26:10. Ferner liefen: Blautopaz, Wind, Uganfa, Malacara.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Etwas kühler, überlegend bewölkt mit leichten Regenschauern bei mäßigen westlichen Winden. — Für Deutschland: Ziemlich verbreitete, im Norden etwas härtere, in Mitteldeutschland schwächere Regenschauer, im Süden größtenteils trocken.



Überall erhältlich!
 Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.
 Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung.
 Herstellerin W. Spindler A.-G., Berlin C. 19

Schuhwaren gewaltig ermäßig!

Herren-Halbschuhe weiss Segeltuch, zum Schnüren mit roter Gummisohle Größe 44-46 2.90 Paar	Herren-Stiefel und -Halbschuhe grau u. schwarz, mod. röhrenförm. Rahmenarbeit 9.75 Paar	Damen-Stiefel schwarz Chevreau und Box calf, Rahmenarbeit, unsortierte Größen 10.50 Paar	Damen-Halbschuhe schwarz Chevreau, mod. Form, Rahmenarbeit 4.90 Paar
Herren-Halbschuhe weiss Leinen, moderne Form, gutes Fabrikat 4.90 Paar	Herren-Stiefel schwarz R-Box, Rahmenarbeit, gutes Fabrikat 12.50 Paar	Herren-Stiefel schwarz R-Box, Rahmenarbeit, gutes Fabrikat 10.50 Paar	Damen-Halbschuhe braun Box calf und Chevreau, moderne Form, Rahmenarbeit 4.90 Paar

Fortsetzung unseres billigen Seiden-, Kleider- u. Waschtuch-Verkaufs

Damen-Strümpfe und Herren-Socken mod. Farben u. schwarz, Baumwolle 58 Pl.	HERMANN TIETZ Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee	Damen-Strümpfe und -Socken moderne Farben, gute Baumwolle..... 78 Pl.
--	--	--

Partei und Gewerkschaften.

Von H. Schliesfeldt, Stuttgart.

Der bevorstehende Parteitag wird sich sehr ernsthaft mit dem inneren Parteileben beschäftigen und zugleich unsere grundsätzliche und taktische Haltung zur SPD. klären müssen. Dabei wird man auch der Gewerkschaftsbewegung gedenken, denn die SPD. lebt agitatorisch nicht nur von ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie, sondern in nicht geringerem Maße von der Beschimpfung und Verteufelung der Gewerkschaften. Die Beherrschung der letzteren würde der SPD. erst die notwendige breite Basis geben für die Experimente ihrer Auftragsgeber. Allerdings würde der Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung in kurzer Zeit erreicht sein. Aus diesen Gründen wird es notwendig, daß auch der Parteitag nicht achtlos an den Gewerkschaften vorbeigeht.

Zwischen der Partei und den Gewerkschaften bestand seit dem Mannheimer Parteitag 1906 ein freundschaftliches Verhältnis und bei Aktionen, die beide Glieder der Arbeiterbewegung betrafen, wurde eine Verständigung der leitenden Körperschaften gefordert. Der Parteitag 1907 in Essen bezeichnete die der Generalkommission angeschlossenen freien Gewerkschaften als allein zuständig für die Parteimitglieder. Dieses Verhältnis wurde durch mancherlei Personalunion, besonders in der parlamentarischen Vertretung der Partei noch weiter befestigt, ohne daß die organisatorische Selbständigkeit beider Teile beeinträchtigt wurde.

Die durch den Krieg hervorgerufene Spaltung der Partei brachte den Gewerkschaften naturgemäß Schwierigkeiten, und der Gewerkschaftskongress in Nürnberg 1919 löste deshalb das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und erklärte die Neutralität der Gewerkschaften in dem Kampf zwischen den bestehenden drei Parteien: SPD., USPD. und KPD. Das war notwendig, solange mehrere Parteien bestanden, die sich in ihrer Haltung zu den Gewerkschaften nicht grundsätzlich unterschieden und die Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht bestritten wurde.

Inzwischen sind grundlegende Wandlungen eingetreten. SPD. und USPD. sind vereint, während die KPD. sich immer weiter entfernt hat. Seit der Spaltung der USPD. in Halle durch die KPD. mit Hilfe der 21 Moskauer Bedingungen ist der Kampf der Kommunisten gegen die Gewerkschaften dauernd gesteigert, und ein Uebermaß von Kraft mußte von den Gewerkschaften in den dauernden Kämpfen um ihre Selbständigkeit gegen die KPD. vergeudet werden. In jahrelangen bitteren Erfahrungen ist die Gewerkschaftsfeindschaft der KPD. erwiesen, und wenn die Gewerkschaften heute erheblich geschwächt sind, so liegt die Ursache nicht allein in dem Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands. An der eingetretenen Schwächung durch die innere Zersetzung, dem größten Lebel, trägt die KPD. die alleinige Schuld. Eine Verständigung der Gewerkschaften mit der KPD. ist zur Unmöglichkeit geworden, weil sie die Selbständigkeit der Gewerkschaften verneint.

Die Gewerkschaften sind keine politischen Parteien und können es ihrem Wesen nach auch gar nicht sein. Sie sind die Klassenorganisationen des Proletariats, denn die Mitgliedschaft in denselben ist nur an die Zugehörigkeit zur Klasse, nicht aber an ein politisches Glaubensbekenntnis gebunden. Dennoch müssen sich auch die Gewerkschaften um Politik kümmern, und nicht nur die Sozial- und Wirtschaftspolitik beeinflusst die Wirksamkeit der Gewerkschaften. Der Sozialist sieht in ihnen auch noch die zukünftigen Träger einer organi-

sierten Wirtschaft. Deshalb ist es notwendig, die politische Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen bei einer politischen Partei zu suchen.

Der SPD. können die Gewerkschaften auch nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen; zu groß sind ihre beachteten und gelungenen Schädigungen der Gewerkschaften. Als einzige Partei bleibt die Sozialdemokratie, in der die Gewerkschaften ihre politische Vertretung finden können. So liegt nichts näher, daß der Parteitag seine Bereitwilligkeit ausspricht, das frühere Verhältnis wiederherzustellen, woran schon bisher nicht zu zweifeln gewesen ist. Zum Teil haben die Gewerkschaften bereits die Folgerungen aus der Entwicklung gezogen. Eine Anzahl hat bei den letzten Wahlen zum Reichstag entschlossen zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten aufgeföhrt unter Ablehnung aller anderen Parteien, einschließlich der Kommunistischen.

Die Klärung ist erfolgt, für die Gewerkschaften besteht heute keine Wahl mehr, und der Parteitag wird hoffentlich Gelegenheit nehmen, seine brüderliche Unterstützung der Gewerkschaften zu manifestieren. Auch der soeben zu Ende gegangene internationale Gewerkschaftskongress in Wien hat sich für die sozialdemokratischen Parteien ausgesprochen, selbstverständlich unter Betonung seiner Selbständigkeit. Der Parteitag der SPD. muß ein öffentliches Bekenntnis für die freien Gewerkschaftsorganisationen aussprechen, denn wohl nirgendwo ist die Notwendigkeit stärker wie in Deutschland für die neue Erfüllung des Bismarckschen Wortes:

Partei und Gewerkschaften sind eins!

Der Parteitag und die Berliner.

Von Franz Ränfker.

Der Beschluß der Zentralkörperschaften unserer Partei, den ersten ordentlichen Parteitag der geeinten Sozialdemokratie in Berlin stattfinden zu lassen, ist von den Berliner Parteigenossen lebhaft begrüßt worden. Hier in der Reichshauptstadt, der politischen Metropole Deutschlands, hat die Sozialdemokratie seit der Vereinigung von Vassalleonern und Eisenachern im Jahre 1875 nur einmal einen Parteitag abgehalten.

Am 14. November 1892 eröffnete Paul Singer in den Konfordia-Festfälen den 3. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Gruppen, im November 1887, hielt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Berlin eine ordentliche Generalversammlung ab, auf welcher J. B. v. Schweizer, der Nachfolger Lassalles im Präsidium des Arbeitervereins, neben Bracke und Frißche über die Fragen: „Preußen und die deutsche Frage“, sowie das „Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht“ referierten. Diese Generalversammlung des Arbeitervereins kann als der erste sozialdemokratische Arbeiterkongress, der in Berlin tagte, bezeichnet werden.

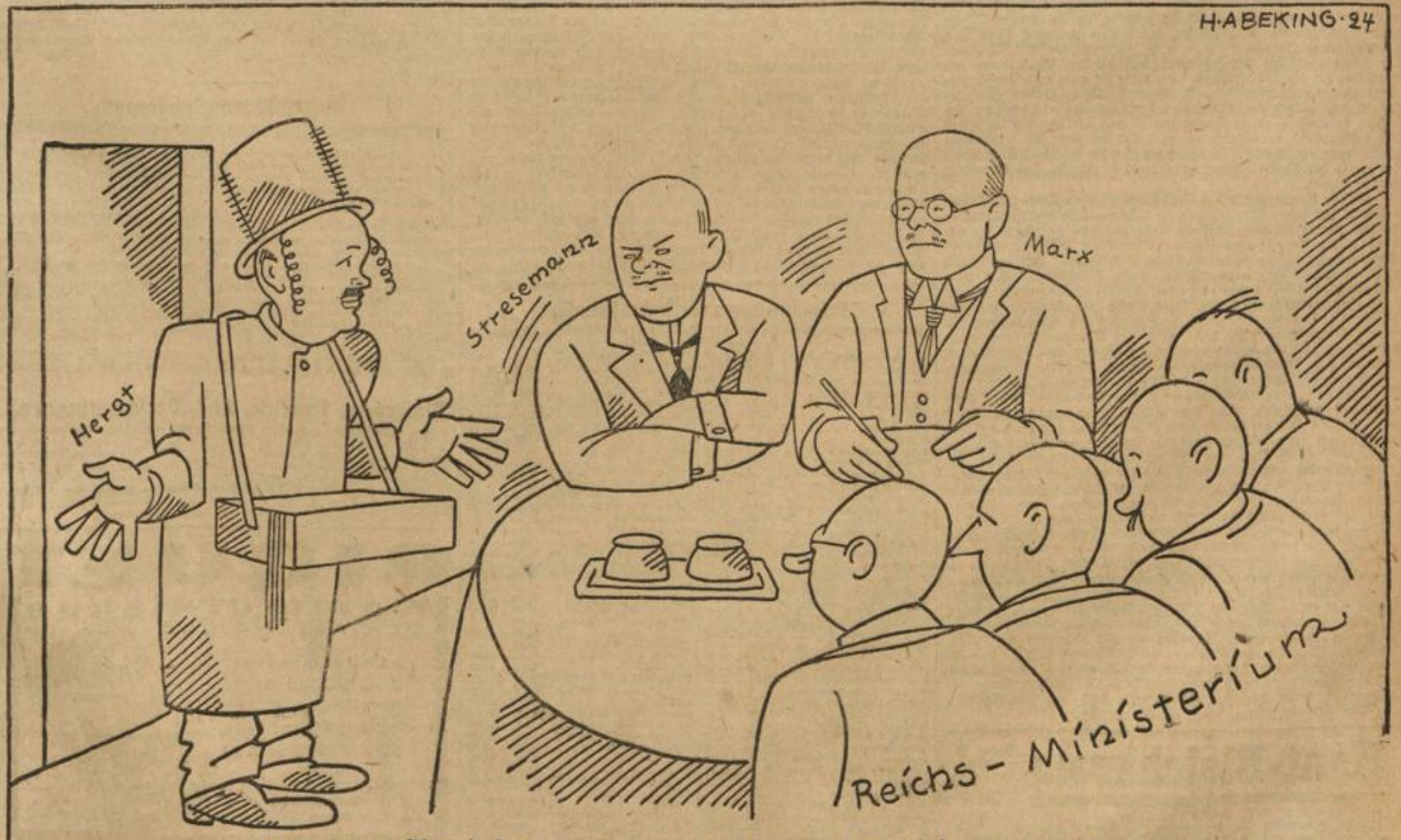
Nach dem unglücklichen Kriege, der zur Spaltung der Sozialdemokratie führte, hielt im März 1919 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses einen Parteitag ab.

Die Zeit der Spaltung ist vorbei. Heute begrüßen die Berliner Sozialdemokraten den Parteitag der Vereinten Sozialdemokratischen Partei. Wir Berliner haben nur den Wunsch, daß es dem Parteitag in Berlin gelingen möge, der Sozialdemokratie wie auch der gesamten Arbeiterchaft

Ziel und Richtung zu geben in den uns bevorstehenden schweren Kämpfen. Die in Nürnberg erfolgte Einigung der beiden Sozialdemokratischen Parteien war der Anfang eines Gesundungsprozesses der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Wenn bisher nicht alle auf die Vereinigung gesetzten Hoffnungen erfüllt wurden, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Einigung in einem Augenblick vollzogen wurde, in dem der auf der Arbeiterschaft schwer lastende wirtschaftliche Druck das ganze Fühlen und Denken der Arbeiter ungünstig beeinflusste. Wenn erst der außenpolitische Druck, der auf Deutschland lastet, beseitigt ist und wir konsolidierte Verhältnisse haben, wird auch das Proletariat mit gesteigertem Interesse am politischen Leben teilnehmen.

Der Parteitag kann durch seine Verhandlungen und Beschlüsse viel dazu beitragen, die Werbekraft der Sozialdemokratie zu erhöhen. Klar und eindeutig muß der Parteitag daher zu den in letzter Zeit vielumstrittenen Fragen Stellung nehmen. Nur dadurch wird die Partei ihre in letzter Zeit verlorengegangenen Positionen zurückerobert. In einer Zeit, wo das gesamte Bürgertum alle Kräfte und Nachmittel gegen die Arbeiterschaft und Republik mobilisiert, gibt es für die Sozialdemokratie nur eins, diesem Ansturm die geschlossene Front der Hand- und Kopfarbeiter entgegenzustellen. Ein solcher vom Parteitag ausgehender Kampfruf der Sozialdemokratie würde in den Herzen und Köpfen der deutschen Arbeiter lebhaften Widerhall finden und das die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der Kommunisten bald unmöglich machen. Mit größter Aufmerksamkeit werden die Parteigenossen die Debatten auf dem Parteitag verfolgen. Die dem Sozialismus und der Sozialdemokratie ergebenden Berliner Arbeiter erwarten vom Parteitag, daß er der gesamten Partei und Arbeiterbewegung neue Energien vermittelt. Welcher Entwicklung unsere Partei, welcher Zukunft die deutsche Republik entgegengehen soll, hängt zum guten Teil vom Ausgang des Berliner Parteitages ab.

Wie im ganzen Reich, so bewegt sich auch in Berlin unsere Partei wieder in aufsteigender Linie. Der Kommunismus verfliegt immer mehr. Das arbeiterschädigende und beleidigende Auftreten der kommunistischen Reichstagsfraktion hat selbst unter den Berliner Arbeitern helle Empörung ausgelöst, die bisher mit den Kommunisten sympathisierten. Seit der Reichstagswahl hat sich die Situation für die Sozialdemokratie in Berlin bedeutend gebessert, was zunächst in einem stärkeren Anwachsen der Mitgliedschaft zum Ausdruck kommt. Ein Wahlkampf, heute ausgetragen, würde für uns in Berlin ein günstigeres Resultat zeitigen, als das vom 4. Mai. Auch die Berliner Gewerkschaften sind gesunden. Der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften ist dauernd im Schwinden begriffen. Bei den Buchdruckern, Gemeinde- und Staatsarbeitern und, was besonders hervorzuheben ist, bei den Metallarbeitern, haben die vor einigen Wochen stattgefundenen Delegiertenwahlen zu den örtlichen Generalversammlungen ein starkes Anwachsen der Amsterdamer Richtung gebracht. Gerade die Generalversammlung der Metallarbeiter war durch die starke kommunistische Fraktion fast zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt. Nach der Neuwahl der Delegierten ist die Ortsverwaltung gegen 67 kommunistische Stimmen von 450 Delegierten gewählt worden. In der Zusammensetzung der Generalversammlungen der Gewerkschaften kommt deutlich zum Ausdruck, daß in den Betrieben der Einfluss der Kommunisten zurückgeht. Die aufgeklärten Arbeiter wenden sich von den Parolenfabrikanten ab, das ist das Wesentlichste und Erstnächste, was allüberall zu beobachten ist. Die wüste Hebe der Kommunisten gegen die Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, sowie das andauernde Geschrei vom Verrat hat



„Ein letztes Wort! Drei kleine Portefeuillechen, und es wird alles gemacht!“

